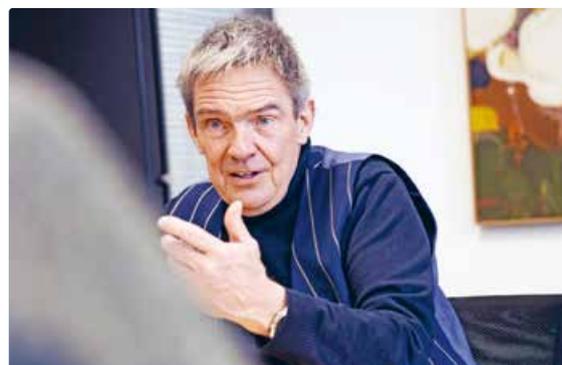


Geschlechterrollen

Umgang mit Gender-Stereotypen

Was hat das BFH-Projekt «Genderreflektierende Offene Jugendarbeit» bewirkt? Wie Jugendtreffs ihre Praxis verändert haben. ► 26



Veränderte Arbeitswelt und ihre Wirkung

Der Leiter des Kompetenzzentrums Arbeit KA äussert sich im Interview mit der BFH zu den aktuellen und kommenden Herausforderungen in seinem Berufsfeld. ► 20

Inhalt



Die Zukunft ist interdisziplinär: Die neue Leitung des Instituts Alter spricht über drängende Themen in einer alternden Gesellschaft.

Foyer

- 4 Gemeinsam für die Altersthemen der Zukunft – Interview mit Karin Haas und Jonathan Bennett
- 7 Soziale Arbeit ist ... Gastbeitrag von Sarah Akanji

Abo-Service:
bfh.ch/soziale-arbeit/impuls



Verknüpfung von Sozialhilfedaten aus verschiedenen Jahren: Die Sozialhilfe überbrückt in erster Linie finanzielle Notlagen, übernimmt aber zunehmend eine weitere Funktion.

Aula

- 8 «... und dann hat sich die Theorie mit meiner Person verknüpft!» – Beratung in der Lehre
- 10 Notizen

Forschungsstätte

- 11 Langzeitanalysen in der Sozialhilfe: von Erstbezügen und Armutslagen
- 15 Richtungswechsel – ein Ansatz für Langzeitbeziehende in der Sozialhilfe
- 18 Skizzen
- 19 eingetaucht | aufgetaucht: Christoph Tschanz – über ein Dilemma, das auch die Soziale Arbeit betrifft

«Es braucht ein engagiertes Team und Mut zur Selbstreflexion, denn jede*r Pädagog*in ist selbst vergeschlechtlicht und dementsprechend auf bestimmte Weise sozialisiert und positioniert.»

► Eveline Ammann und Stefanie Duttweiler über den Umgang mit Gender-Stereotypen in der Offenen Jugendarbeit: S. 26



Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen:

Wie inklusives Wohnen möglich werden kann, lesen Sie im Interview mit dem Liegenschaftsverwalter mit Sozialfokus.

Werkstatt

- 20 Herausforderungen und Zukunftsperspektiven in der Arbeitsintegration – Interview mit Erich Zbinden
- 23 Elternbildung – ein gesellschaftliches Tabu?
- 26 Möglichkeitsräume schaffen für alle!

Netz

- 30 Wohnen im Sozialraum: «Inklusives Wohnen lohnt sich!» – Interview mit Robert Mäder und Lukas Sieber

Kalender

- 33 Tagungen, Events, Infoveranstaltungen
- 35 Impressum



Prof. Dr. Claudio Domenig
Co-Abteilungsleiter Soziale Intervention
claudio.domenig@bfh.ch

Liebe Leser*innen

Das Zusammenwirken stärken, Hürden abbauen, Spaltung überwinden: Die gegenwärtigen sozialen Herausforderungen, verstärkt durch die Corona-Pandemie und durch erschütternde kriegerische Auseinandersetzungen, beanspruchen uns. Passende Antworten sind für alle Lebenslagen gefragt – in der Kindheit und Jugend, in der Erwerbsphase wie auch im hohen Alter.

Diese Aufgaben sind grundlegend und drängend, der Handlungsbedarf steigt. Doch wie gelangen wir zu konkreten Antworten? Und wie können wir diese umsetzen?

Für grosse Probleme suchen wir oft nach ebenso grossen, umfassenden Lösungen. Ja, es ist wichtig, breit und ganzheitlich zu denken: Eine inklusive und altersgerechte Gesellschaft ist schliesslich ein Kernthema unseres Departements, das wir gemeinsam mit weiteren Departementen und verschiedenen Praxispartner*innen bearbeiten.

Doch grosse Lösungen und integrative Antworten erfolgen oft in kleinen Schritten. Oder vielleicht können wir umgekehrt sagen: Es sind gerade diese einzelnen Schritte, die – unabhängig von ihrer Grösse – die Lösungen in sich tragen und so ihren Beitrag leisten, um die langfristigen Ziele zu verwirklichen. Als solche verdienen sie unsere Beachtung und Wertschätzung.

Wir freuen uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einige neue Antworten und Handlungsschritte auf unserem gemeinsamen Weg zu einer inklusive(re)n und altersgerechte(re)n Gesellschaft zu präsentieren: etwa in den Beiträgen zu einer niederschweligen Elternbildung (S. 23), zu einer genderreflektierten Jugendarbeit (S. 26), zu Chancen der Arbeitsintegration (S. 20) und zum Zusammenwirken der Sozialen Arbeit und Gesundheit im neuen interdepartementalen Institut Alter (S. 4).

Danke, dass Sie uns mit Ihrem Interesse und Engagement im Sozialbereich auf diesem Weg begleiten und inspirieren.



bfh.ch/solidaritywithukraine

Gemeinsam für die Altersthemen der Zukunft



Die Ernährungswissenschaftlerin Dr. Karin Haas und der Psychologe Dr. Jonathan Bennett leiten seit 2022 das neue interdepartementale Institut Alter gemeinsam.

Das Interview führte Martin Alder im Februar 2022.

Ob Gesundheitsförderung oder unbezahlte Care-Arbeit, viele Fragestellungen der alternden Gesellschaft können nur interdisziplinär bearbeitet werden. Deshalb tragen die Departemente Gesundheit und Soziale Arbeit das Institut Alter seit Anfang Jahr gemeinsam. Im Interview werfen die neuen Co-Leitenden Karin Haas und Jonathan Bennett einen Blick auf die nähere und entferntere Zukunft.

Karin Haas, Sie sind Anfang des Jahres seitens des Departements Gesundheit zur Leitung des Instituts Alter gestossen. Wie kamen Sie als Ernährungswissenschaftlerin zum Thema Alter?

Karin Haas: Vor fast zwei Jahrzehnten während meines Doktorats hatte ich im Rahmen meiner Anstellung an der Universität in Wien am Institut für Ernährungswissenschaft an einem europäischen Projekt zum Thema «Age and Nutrition» gearbeitet. Aber so richtig umfassend zum Thema Alter kam ich erst hier an der BFH. 2009 haben wir gemeinsam mit der Sozialen Arbeit, der Hochschule der Künste und der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften ein Projekt durchgeführt, das den Ernährungsalltag der älteren Bevölkerung nach der Pensionierung betrachtete. Da war sie dann plötzlich da, diese ganzheitliche Sichtweise, die mich begeistert. Diese Sichtweise versuche ich, heute in der Forschung und in der Lehre zu leben, und sie ist mit ein Grund, wieso ich die Co-Leitung übernommen habe.

Jonathan Bennett, Sie sind als Psychologe seit zwölf Jahren an der BFH im Bereich Alter, die Hälfte davon in der Leitung des Instituts Alter. Zeichnete sich dieser Weg schon früh ab?

Jonathan Bennett: Nein, eher nicht. Ich habe davor als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der kantonalen Verwaltung gearbeitet und habe mich mit Themen der Spitalversorgung beschäftigt. Da haben alte Menschen sehr wohl eine Rolle gespielt, waren aber nicht die zentrale Zielgruppe. Mein Wechsel an die BFH hatte mit meinem generellen Interesse an angewandter Forschung zu tun. Dass es dann das Thema Alter wurde, war eher Zufall. Rückblickend bin ich dankbar für diesen Zufall (lacht).

Sie beide leiten nun zusammen das Institut Alter. In un-

serer Gesellschaft scheint das Thema Alter allgegenwärtig, es spielt in die meisten Lebensbereiche hinein. Können Sie hier als Fachpersonen noch überall den Überblick behalten?

Bennett: Ich glaube, es wäre generell vermessen zu denken, man könne in unserem wissenschaftlichen Themenfeld, in dem globalisierten Wissenschaftsbetrieb, so etwas wie den kompletten Überblick haben. Ich sehe unsere Aufgabe darin, Schwerpunkte zu setzen und zu schauen, dass wir die richtigen Personen in den richtigen Netzwerken haben, um unser Fachwissen einbringen zu können. Zum Glück können wir uns dafür auf ein tolles Team verlassen!

Haas: Neben den vielen involvierten Bereichen wie Gesundheit, Wirtschaft oder Politik, steht immer das Individuum im Zentrum. Diese Altersgruppe ist derart heterogen, die Vielfalt ist enorm, was dieses Thema nur noch spannender macht. Um den Überblick zu behalten, ist es wichtig, nicht nur interdepartemental, sondern auch transdisziplinär zusammenzuarbeiten. Nur so können wir dem Thema einigermaßen gerecht werden.

Bleiben wir kurz bei den Schwerpunkten, die Jonathan Bennett angesprochen hat. Können Sie darlegen, welche Hauptthemen und Kompetenzen Sie mit dem Institut Alter belegen wollen?

Bennett: Ich denke, dass die bisherige thematische Aufstellung des Instituts eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung ist. Wir müssen nicht von einem Tag zum anderen alles umkrempeln. Manche der Themen, die wir heute schon bearbeiten wie «Care im fragilen Alter», «Altersarbeit im kommunalen Sozialraum» und «alternde Gesellschaft» können sowohl sozial-gerontologisch als auch gesundheitswissenschaftlich angegangen werden. Wesentlich sind auch die Themen Gesundheitsförderung und Public Health: Da können wir von der Exper-



«Der gewählte gemeinsame Weg entspricht auch dem Trend zur Interdisziplinarität und wird dazu beitragen, dass wir mit unserer angewandten Forschung verstärkt lösungsorientierte Innovationen für die Praxis entwickeln können.» Dr. Karin Haas

tise des Departements Gesundheit enorm profitieren.

Haas: Ich sehe das auch so. Viele unserer Themen sind so eng miteinander verknüpft, da finden wir schnell zusammen. Auch die gesundheitliche Ungleichheit ist ein wichtiges Thema, da viele soziale Aspekte für die Gesundheit eine förderliche beziehungsweise hemmende Rolle spielen können.

Bennett: Lösungen zu finden, drängt auch beim steigenden Pflege- und Betreuungsbedarf der älteren Bevölkerung. Dieser kann bereits heute nicht mehr ausschliesslich durch die formell zuständigen Akteur*innen abgedeckt werden. Die Rolle der Zivilgesellschaft wird immer wichtiger – zum Beispiel von Angehörigen, die Betreuungsarbeit leisten, aber auch von Freiwilligen, die Unterstützungsleistungen im Quartier erbringen. Da gibt es viele gesundheitswissenschaftliche und sozialpolitische Fragestellungen zur interprofessionellen Zusammenarbeit, aber auch zum gesellschaftlichen Wert unbezahlter Betreuung oder Care-Arbeit.

Diese Themen liessen sich von der Gesundheit und der Sozialen Arbeit aber gewiss auch separat bearbeiten. Warum hat man sich für die interdisziplinäre Zusammenarbeit in einem Institut entschieden?

Bennett: Das Themenfeld Alter lässt sich idealerweise interdisziplinär bearbeiten. Das ist an der BFH keine neue Erkenntnis, und entsprechende Bemühungen und Kooperationen bestehen ja auch schon länger – gerade auch im Care-Bereich. Initialzündung für diese institutionalisierte Zusammenarbeit war die Profilschärfung des Instituts Alter. In Gesprächen mit dem Departement

Gesundheit kristallisierte sich bald heraus, dass sich beide Departemente als Stakeholder im Themenfeld Alter definieren. Dass es nun eine Co-Leitung, ein gemeinsames Team und eine gemeinsame finanzielle Verantwortung gibt, ist ein überzeugender Schritt.

Haas: Genau, solche Strukturen erleichtern die Zusammenarbeit, da diese nicht mehr vom Engagement Einzelner abhängt. Der gewählte gemeinsame Weg entspricht auch dem Trend zur Interdisziplinarität und wird dazu beitragen, dass wir mit unserer angewandten Forschung verstärkt lösungsorientierte Innovationen für die Praxis entwickeln können.

Gibt es aus der früheren Zusammenarbeit Projekte, die in die neue Struktur übernommen wurden und die nun erste Früchte in Form von Forschungsergebnissen abwerfen?

Haas: Wir haben in der Tat schon erste Projekte gestartet. Im Projekt «Healthy up high», an dem neben dem Institut Alter auch das Departement Architektur, Holz und Bau beteiligt ist, wird ein multidimensionales Konzept entwickelt. Dieses basiert auf Ansätzen der Gesundheitsförderung und einer community-basierten Sozialplanung. Dabei werden unter anderem die Bedürfnisse älterer Bewohner*innen in Berner Hochhaus-Siedlungen erhoben, um ihnen ein gesundes Altern in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Im Laufe dieses Jahres wird es die ersten Ergebnisse dazu geben.

Bennett: Das Institut Alter weist in der Tat schon eine langjährige Tradition der Zusammenarbeit in Forschung und Weiterbildung auf. Der Demenzbereich ist bei- ▶

spielsweise ein typisches Anwendungsfeld, in dem zur bereits etablierten Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Pflege nun auch das Fachwissen aus der Ernährung und Diätetik sowie der Physiotherapie besser einfließen kann. In Planung sind auch Projekte im Bereich «Arbeitsmarkt und betriebliches Gesundheitsmanagement» und an der Schnittstelle «Betreuung und Digitalisierung», wo digitale Tools zivilgesellschaftliche Akteur*innen bei der Betreuung unterstützen sollen.

Man wird den Erfolg der neuen Strukturen daran messen, dass ab 2022 noch mehr interdisziplinäre Projekte zustande kommen. Aber wichtig ist eben auch das neue Mindset, dass jedes Projekt im Institut Alter von nun an interdepartemental ist. Dazu kommt eine «Sharing-Kultur», die bereits jetzt im Team Einzug gehalten hat. Das fühlt sich schon fast ein wenig revolutionär an.

Und wie sieht es mit dem Wissenstransfer in die Praxis aus, gibt es da ebenfalls schon Projekte?

Haas: Wir arbeiten derzeit an Weiterbildungsangeboten, die an der klassischen Schnittstelle von Pflege und Betreuung angesiedelt sind und sich stark an der Zielgruppe des Departements Gesundheit orientieren. Das Thema Gesundheit und Soziales im Alter bietet noch sehr viel Potenzial, das wir in den kommenden Jahren ausloten werden. Zudem möchten wir gemeinsam mit den Verantwortlichen der Bachelor- und Master-Studiengänge herausfinden, wo auch in der Lehre unser Wissen einfließen kann. Diese ist schliesslich ebenfalls wichtig für den Wissenstransfer in die Praxis.

Das Institut Alter besteht nun seit zehn Jahren und hat in dieser Zeit einige Veränderungen mitgemacht. Wo, denken Sie, wird das Institut in zehn Jahren stehen?

Bennett: Ich hoffe, dass das Institut Alter offen bleibt und als Nukleus in Altersfragen für verschiedenste Kooperationen zur Verfügung steht. Dafür wollen wir weiter die geeigneten Modelle finden. Zudem schwebt mir eine Öffnung über den Hochschulbereich hinaus Richtung Bürgerbeteiligung und «Citizen Science» vor. Eine solche Mitwirkung wird in Zukunft von der Öffentlichkeit wohl noch stärker eingefordert. Wenn sie gelingt, lässt sich dadurch echte gesellschaftliche Wirkung erzeugen.

Haas: Zusammen mit dem Kompetenzzentrum für partizipative Gesundheitsversorgung haben wir auch sehr gute Chancen, um uns hier gut zu positionieren. Ich habe auch die Vision, dass wir uns international in diesem Bereich etablieren und ein anerkanntes Institut über die Grenzen der Schweiz hinaus werden. Ein weiterer Wunsch meinerseits wäre es, dass die interdepartementale Kooperation auch in der Lehre zunehmend selbstverständlich wird und so auch neue und attraktive Studienangebote geschaffen werden. ■

Martin Alder, Kommunikation

martin.alder@bfh.ch

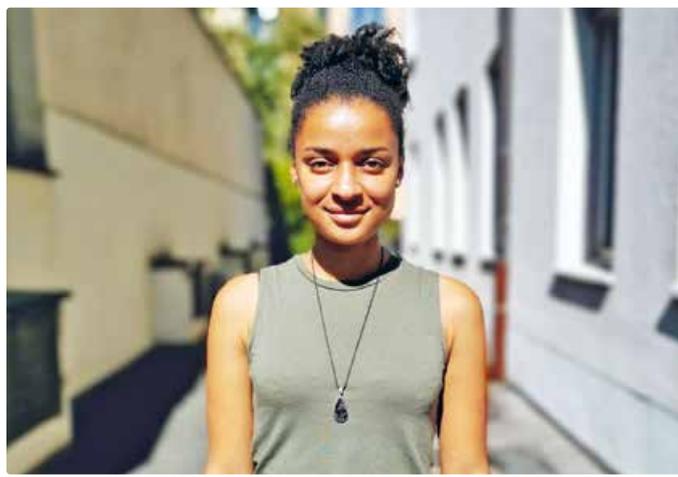
... ist für die Kommunikation des Instituts Alter verantwortlich und als Redaktionsleiter des BFH-Blogs «knoten & maschen» für die Forschungskommunikation des Departements Soziale Arbeit zuständig.



«Klar wird man den Erfolg der neuen Strukturen daran messen, dass ab 2022 noch mehr interdisziplinäre Projekte zustande kommen. Aber wichtig ist eben auch das neue Mindset, dass jedes Projekt im Institut Alter von nun an interdepartemental ist.» Dr. Jonathan Bennett

Soziale Arbeit ist...

von Sarah Akanji



Die Winterthurerin **Sarah Akanji** (geb. 1993) ist Historikerin und studiert Gesellschaftswissenschaften. Sie träumte einst davon, Profi-Fussballerin zu sein. Sie gründete 2016 das erste Frauenteam des FC Winterthur. Seit 2019 ist sie im Zürcher Kantonsrat. Bei den damaligen Wahlen hat sie das mit Abstand beste Wahlresultat erreicht.

Lassen Sie mich den Titel dieser Kolumne umformulieren: **Soziale Arbeit soll und kann ...** vermutlich jede Arbeit sein. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in jedem Bereich, jeder Branche, bei jeder Arbeit dazu beitragen können, unser Umfeld sozialer zu gestalten. Wir alle können versuchen, wenn auch manche nur im Kleinen, unsere Arbeit sozialer und fairer zu machen. Natürlich haben Arbeitgebende hier viel mehr Spielraum als Arbeitnehmende, Chef*innen mehr Macht als Angestellte und Auszubildende mehr Hebel als Lernende.

Ich habe mich für Politik und Öffentlichkeitsarbeit entschieden. Politik kann und soll sozial sein, denn ich sehe die Aufgabe bei uns Politiker*innen, dass wir eine Gesellschaft gestalten, in der jede*r gleichbehandelt wird. Es ist unsere Aufgabe, ein System zu schaffen, das sozial ist, in dem alle gleiche Chancen, alle den gleichen Zugang zu öffentlichen Räumen haben und das Menschen vor Diskriminierungen schützt – so, dass wir unser Potenzial in geschütztem Rahmen ausschöpfen, uns verwirklichen und weiterentwickeln können. Das sind die Anliegen, für die ich mich in der Politik einsetze und die Gründe, weshalb ich mich entschieden habe, mich bei der SP politisch zu engagieren.

Politik hat einen schlechten Ruf, was nicht ganz unberechtigt ist. Sie wird tendenziell wahrscheinlich auch nicht als sozial eingestuft. Für mich aber ist klar: Es gibt soziale Politik. Linke Politik ist soziale Politik. Sozial ist sie, weil sie sich für die Rechte aller einsetzt, die Gesellschaft an den Schwächsten misst und einen Staat schaffen möchte, in dem alle geschützt und akzeptiert werden. Diversität und Inklusion, wie sie die Linke fördert, stärken uns als Gesellschaft. Linke Politik geht mit der Zeit und passt sich neuen Entwicklungen an. Sie macht

Die Kolumne bietet eine Carte blanche für Fachfremde und öffnet den Blick für das, was sie mit Sozialer Arbeit verbinden oder was an ihrer Arbeit sozial ist.

Platz für unterschiedliche Perspektiven, eine Breite von Ansichten, Meinungen und Lebensrealitäten, denn die Vielfalt unserer Gesellschaft ist etwas Wundervolles und soll gefeiert, gelebt und gefördert werden. Genau dies bringt sie weiter.

Politik kann also sehr wohl sozial sein. Das sollte sie meiner Meinung auch diskussionslos, doch es spielt natürlich eine Rolle, wer die Bevölkerung in den Räten und Parlamenten vertritt, wer die Mehrheit bildet und welche Interessen Politiker*innen verfolgen. Die meisten Schweizer Parlamente, so auch das Zürcher Kantonsparlament, sind weder divers noch links noch sozial. Wenn ich mich im Rat umsehe, sehe ich hauptsächlich ältere, Weisse Männer und eine Mehrheit von ihnen ist konservativ eingestellt (Anm. d. Red.: **Weiss** meint hier nicht die Hautfarbe, sondern ein soziales und politisches Konstrukt mit einer privilegierten Position in der Gesellschaft). Es sind die gleichen, die schon immer den Ton in der Politik angegeben haben, obwohl sie nur einen kleinen Teil der Gesellschaft repräsentieren. Fakt ist: Aufgrund ihrer Mehrheit politisieren sie für uns alle.

Nun, soziale Politik und Diversität sind riesige Themen und ich bin froh, dass verschiedene Vertreter*innen der SP unterschiedliche Themenbereiche abdecken. Es braucht eine soziale Politik in der Bildung, in der Wirtschaft, in der Gesundheit, bei der Sicherheit, in der Umwelt und so weiter. Ich setze mich vor allem für mehr Gleichberechtigung im Sport und gegen Rassismus in der Schweiz ein. Mein Ziel: die Gesellschaft in diesen Bereichen sozialer und integrativer zu gestalten. Beide Bereiche haben eine Geschichte, die gewisse Menschen privilegiert und bevorzugt und andere Menschen ausschliesst und diskriminiert: Beim Sport gelten Männer als Norm und werden gegenüber Frauen bevorzugt. Im Fall von Rassismus sind es Nicht-Betroffene, die mehr gehört und berücksichtigt werden als Betroffene. In beiden Bereichen muss eine Plattform geschaffen werden, bei der die Anliegen aller (und zuerst insbesondere die der bisher Nicht-Gehörten) miteinbezogen werden. Räume und gesellschaftliche Strukturen müssen neu gedacht werden, sodass alle fair behandelt werden, ein Mitspracherecht haben und sich sicher fühlen können.

Bei diesen Themen sehe ich meine Chance, über die Politik die Gesellschaft sozialer zu gestalten. Und ich bin überzeugt, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen können und sollten, um ein sozialeres Zusammenleben zu ermöglichen, denn am Schluss profitieren wir alle davon. ■

«... und dann hat sich die Theorie mit meiner Person verknüpft!»



Abteilungsleiterin und Dozentin Prof. Esther Abplanalp
Den Artikel hat Beatrice Schild auf der Grundlage eines Referats von Esther Abplanalp verfasst.

Die Frage, wie Beratung erlernt wird, beschäftigt Esther Abplanalp schon lange. Nun hat die Leiterin der Abteilung Professionsentwicklung Studierende, die im Bachelor-Studium fortgeschritten sind, zu ihren Praxiserfahrungen befragt. Sie fördert damit Interessantes zutage.

«Beratung ist für Fachkräfte der Sozialen Arbeit eine ebenso zentrale wie anspruchsvolle Aufgabe», sagt Esther Abplanalp, BFH-Dozentin mit Schwerpunkt Beratung in der Sozialen Arbeit und Supervisorin, Coach (bso). «Trotz langjähriger Erfahrung gibt es immer wieder Momente, in denen ich gefordert bin und mein Beratungshandeln aus verschiedenen Perspektiven reflektieren muss.» Es genügt nicht, gut zuzuhören und den fachlich richtigen Rat zu geben, wie man als Laie oder Laie denken könnte.

Was hilft Beratungs-Anfänger*innen?

Wissen ist notwendig, aber das reicht allein nicht aus. Die Beratungsliteratur und -forschung gehen davon aus, dass es einen Wissenskanon gibt, der Studierenden als Fundament ihres Beratungshandelns dient, etwa zu Kommunikations- und Veränderungsmodellen oder Beratungsmethoden und -techniken. Dieser Kanon gilt unabhängig vom sozialarbeiterischen Handlungsfeld. Im Studium geht es darum, sich dieses Wissen anzueignen, es weiterführend in eigene Handlungskompetenzen umzusetzen und so den Schritt zum Können zu schaffen. Ergänzend gilt es, die Eigenheiten der jeweiligen Handlungsfelder kennenzulernen, um diese Erkenntnisse für die Beratung gezielt nutzen zu können.

Beraten lernen im Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit

Zu Beginn des Studiums absolvieren die Studierenden das Pflichtmodul «Interaktion und Kommunikation I». Im Praxismodul I üben sie sich in der professionellen Gesprächsführung und führen – je nach Handlungsfeld und Auftrag – auch bereits erste Beratungsgespräche durch. Sie lernen handlungsfeld- oder adressat*innenspezifisches Wissen und Fertigkeiten und gegebenenfalls spezifische Beratungsansätze kennen.

Danach absolvieren die Studierenden in der Regel das Pflichtmodul «Interaktion und Kommunikation II». Darin setzen sie sich mit Beratung als strukturiertem, personenzentriertem, problem- und lösungsorientiertem In-

teraktionsprozess (Stimmer, 2020, S. 133) auseinander. Sie reflektieren die Beziehungsgestaltung im professionellen Setting und erkennen, wie sie als Person im Beratungsgeschehen involviert sind und dieses mitprägen (vgl. Abstract, Modulbeschreibung IAKO II, FS 22).

Mit seinen didaktischen Settings bietet das Modul gute Voraussetzungen zum Kompetenzerwerb: Die Studierenden erarbeiten im Selbststudium die theoretischen Grundlagen, trainieren Beratungsskills u.a. in Rollenspielen im Kontaktstudium oder im Virtual-Reality-Labor mit virtuellen Klient*innen. Anschliessend reflektieren sie die Videoaufzeichnungen (vgl. Abplanalp/Bachmann, 2019). Als Kompetenznachweis erarbeiten sie ein individuelles Beratungskonzept und analysieren im mündlichen Prüfungsgespräch eine fiktive Beratungssequenz.

«Die Studierenden sollen das, was sie tun, aus gutem Grund tun», sagt Esther Abplanalp. Dabei helfen ihnen auch die drei Pflichtmodule «Selbst- und Sozialkompetenz I–III». Diese sensibilisieren die Studierenden während sechs Semestern immer wieder in der Wahrnehmung von Situationen. So lassen sich Muster erkennen, die das eigene Handeln prägen. Dies hilft den Studierenden auf dem Weg zu einem differenzierten Rollenbewusstsein und trägt dazu bei, Sensibilität für die Gestaltung der professionellen Beziehung zu entwickeln.

Lernort Praxis

Das Modul «Interaktion und Kommunikation II» wurde im Rahmen der kontinuierlichen Modulevaluationen immer sehr gut bewertet. Offen blieb, ob es den Studierenden gelingt, die erworbenen Kompetenzen in der Praxis anzuwenden. Um Antworten zu finden, wurden Studierende 2021 nach Abschluss des Moduls befragt. Die exemplarischen Aussagen zeigen Erfreuliches.

Eine Person führt aus, was in Bezug auf den eigenen Professionalisierungsprozess aufgefallen ist:

«Mir ist (...) im zweiten Praxismodul deutlich geworden, wie viel ich bereits im ersten Praxismodul gelernt habe, das ich auch jetzt, in einem ganz anderen Handlungsfeld, mit einem komplett anderen Auftrag, anwenden kann. Zum Beispiel gelingt es mir wirklich gut, Beratungsgespräche (...) zu strukturieren und die Ziele zu verfolgen. Gleichzeitig kann ich (...) in den Standortgesprächen die Betroffenen und ihre Angehö-

rigen in ihrer individuellen Situation und ihren Bedürfnissen wahrnehmen und mich menschlich zeigen. Aber das Fachliche fehlt mir noch etwas.»

Bedeutsam für eine gelingende und tragfähige Arbeitsbeziehung mit Klient*innen ist die Fähigkeit der Studierenden, in der Rolle als Berater*in das Phänomen «Widerstand» zu reflektieren und Wissen zu Veränderungsprozessen zu nutzen:

«Jetzt muss ich nicht mehr sagen, die Jugendlichen haben halt keine Motivation. Mit dem Transtheoretischen Modell kann ich das besser verstehen und mit den Ambivalenzen arbeiten. Ich habe festgestellt, dass ich mit diesem Wissen in den Gesprächen mehr Empathie (...) zeigen kann, und ich habe den Eindruck, dass durch meine Verknüpfung mit den Theorien sich auch die Jugendlichen besser reflektieren und ihre Ambivalenzen anders wahrnehmen können.»

Auffallend ist, so Esther Abplanalp, wie die Studierenden Veränderungsprozesse in konkreten Praxissituationen beschreiben. Sie bezögen sich alle auf das Transtheoretische Modell (Prochaska & DiClemente, 1983) und auf das Modell zum Umgang mit Widerstand (Abplanalp et al., 2020, S. 135–136). Sie verorten demnach den Widerstand nicht einseitig bei ihren Klient*innen, sondern setzen das Phänomen sowohl in Zusammenhang mit dem Veränderungsprozess als auch mit der professionellen Beziehung.

Professionelle Beziehungsgestaltung

«(...) im ersten Praxismodul war es mir sehr wichtig, eine Beziehung (...) aufzubauen und ein kollegiales Verhältnis zu schaffen. Ich war stolz, wenn sie sagten: «Du bist netter als die anderen Praktikantinnen.» Das ist anders geworden – mit dem theoretischen Hintergrund kann ich besser Distanz herstellen. Wenn sie dann sagen, sie vermissen die andere Praktikantin, ist das für mich schon fast ein Kompliment. Ich weiss dann, dass es mir gelungen ist, die professionelle Rolle einzunehmen.»

Alle Studierenden machen Aussagen zur professionellen Gestaltung der Beziehung und beurteilen auch die eigene Person, ihre Stärken und den individuellen Entwicklungsbedarf. «In den Auswertungen fallen die Aus-

führungen zur Gestaltung von Nähe und Distanz sowie zur professionellen Rolle besonders auf», sagt die Dozentin. Anders als beim Umgang mit Widerstand liegt der Fokus hier eindeutig auf der Reflexion der eigenen Person.

Entwicklung einer professionellen Identität

«In Bezug auf die Professionalität ist mir schon sehr viel bewusst geworden. Auch dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Person im Modul «Selbst- und Sozialkompetenz» sehr wichtig ist, damit man nicht plötzlich überrascht wird, zum Beispiel mit Themen, die einen aggressiv machen. Dass man (...) professionell reagieren kann und es nicht plötzlich auf eine persönliche Ebene kommt und man die Person gegenüber verletzt.»

In den Interviews zeigt sich wiederholt, dass die Studierenden im Zusammenhang mit der Reflexion des eigenen Handelns explizit auch auf die individuelle Entwicklung der professionellen Identität in den Modulen «Selbst- und Sozialkompetenz I–III» Bezug nehmen.

Fazit

Von Fachkräften der Sozialen Arbeit wird die Fähigkeit zur Reflexion erwartet. Sie sollen in der Lage sein, «aufgrund unterschiedlicher Wissensbestände, persönlicher Faktoren und Haltungen für sich klären zu können, was sie tun, warum sie es tun und wie sie es beurteilen» (Zürcher, 2019, S. 47). Esther Abplanalp dazu: «Die Ergebnisse meiner Untersuchung zeigen auf, dass die befragten Studierenden in ihrer jeweiligen Praxis in der Lage sind, Beratungen erfolgreich durchzuführen und ihr Handeln zu reflektieren.» Sie möchte künftig weitere Angebote schaffen, die die Verbindung von Wissen und Handeln unterstützen, denn die vertiefte Reflexion ermöglicht, dass sich die beraterische Kompetenz erweitert und festigt. Dies stärkt wiederum die Professionalisierung. ■

Literatur

- Abplanalp, E., Cruceli, S., Disler, S., Pulver, C., Zwilling, M. (2020). *Beraten in der Sozialen Arbeit. Eine Verortung zentraler Beratungsanforderungen*. Bern: Haupt Verlag AG.
- Abplanalp, E. & Bachmann, M. (2019). Immersive Virtual Reality und Persönlichkeitsentwicklung in Hochschulausbildungen. In: J. Studer, E. Abplanalp, S. Disler. (Hrsg). *Persönlichkeitsentwicklung in Hochschulausbildungen fördern*. Bern: Hep
- Abstract Modulbeschreibung IAKO II (FS 2022). [is-a.bfh.ch/imoniteur_OPROAD/PORTAL6S.htm?ww_n_keybuffer=102680096#tab30](https://www.is-a.bfh.ch/imoniteur_OPROAD/PORTAL6S.htm?ww_n_keybuffer=102680096#tab30)
- Prochaska, J.O., DiClemente, C.C. (1983). Stages and processes of self-change of smoking: Toward an integrative model of change. *Journal of Consulting and Clinical Psychology* 51(3), S. 390–395.
- Stimmer, Franz. (2020). *Grundlagen des Methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit*. Stuttgart, Berlin und Köln: Kohlhammer.
- Zürcher, A. (2019). *Beratungslernen in einer geschützten Lernumgebung mit Simulationsklienten: Entwicklung eines standardisierten Beobachtungsinstrumentes zur Einschätzung systemisch-orientierten Beratungshandelns in der psychosozialen Beratung*. (Dissertation, eingereicht an der Eberhard Karls Universität Tübingen).

Beatrice Schild, Mitarbeiterin Kommunikation

beatrice.schild@bfh.ch

... ist Redaktionsleiterin des Magazins «impuls» und in dieser Funktion immer auf der Suche nach guten und spannend erzählten Stories aus der BFH und ihrem Umfeld.

Erfahrungsaustausch für Dozierende aus dem deutschsprachigen Raum

Bereits zum zweiten Mal fand im Januar 2022 die Berner Beratungstagung statt. Rund vierzig Teilnehmer*innen, darunter auch Studierende der BFH, verfolgten vier Referate zum Thema «Beratung lehren und lernen». Der vorliegende Artikel basiert auf dem Referat, das Esther Abplanalp zum Abschluss der Tagung hielt. Weitere Referent*innen waren Dr. Marc Höcker (Universität Köln, Arbeitsbereich Beratungsforschung), Prof. Dr. Marc Weinhardt (Universität Trier, Sozialpädagogik) und die Professorinnen Sandra Jent und Ninetta Scura (BFH, Departement Gesundheit, Studiengang Ernährung und Diätetik).

Neue Mitarbeitende



Andrea Egbuna

Was ich mag: die Ruhe in den Bergen, herzlich zu lachen, spannende Diskussionen

Was ich nicht mag: bügeln, Litschi, phlegmatische Menschen

Andrea Egbuna arbeitet seit Anfang Jahr als juristische Mitarbeiterin in der Abteilung Professionsentwicklung. Seit Februar ist sie für rechtliche Fragen zu Qualifikation und Prüfung verantwortlich. Nach dem Jus-Studium an der Universität Bern promovierte sie an der Universität Freiburg und arbeitete zuletzt als Lektorin für Völkerrecht und Kurskoordinatorin im Migrations- und Asylrecht.



Anuja Raveendran

Was ich mag: Fantasy, Buchläden, Musik, Alpenpanorama

Was ich nicht mag: Schlangen, dunkle und kalte Tage

Anuja Raveendran arbeitet seit Januar 2022 als wissenschaftliche Assistentin für Lehre und Forschung am Institut Kindheit, Jugend und Familie des Departements Soziale Arbeit. Sie ist ausgebildete Soziokulturelle Animatorin (FH) und war mehrere Jahre als Jugendarbeiterin in der Stadt Bern tätig. Aktuell studiert sie im konsekutiven Master-Studiengang Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Sie beschäftigt sich mit den Themen Rassismus/Anti-Rassismus und Migration und ist als freiwillige Menschenrechtstrainerin bei Amnesty International tätig.



Riccardo Pardini

Was ich mag: Tavolata mit Freunden und Familie, Vinyl, verschneite Landschaften

Was ich nicht mag: an der Ampel warten, Record Store Day

Riccardo Pardini ist seit Februar 2022 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Alter. Er studierte Soziologie und Philosophie an der Universität Basel und arbeitete die letzten fünf Jahre am Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung bei der FHNW. In seinen Forschungsvorhaben engagiert er sich für eine gute Betreuung älterer Menschen in der Schweiz.

Aktuell bereitet er seine Promotion mit dem Arbeitstitel «Fragile Körper in sorgenden Gemeinschaften» vor.

Die BFH – bald Ihre Arbeitgeberin?
Interessante Jobs finden Sie unter
bfh.ch/karriere

25 Jahre jung – BFH bewegt

Die BFH bewegt seit 25 Jahren: Erfolgreich verknüpft sie Wissenschaft und Gesellschaft, indem sie Fachpersonen ausbildet und Wissen schafft, das Wirtschaft, Industrie, Kultur und Menschen unterstützt. Auf der Jubiläums-Webseite bfh.ch/25-Jahre erfahren Sie Fakten aus 25 Jahren BFH, hören Stimmen von Absolvent*innen und finden Highlights zum Vormerken in der Agenda.



Informiert bleiben!

Verkürzen Sie sich die Zeit zwischen den «impuls»-Ausgaben:

Lesen Sie über Forschungen, spannende Veranstaltungen und Neuigkeiten aus Ihren Berufsfeldern. Abonnieren Sie den Newsletter des Departements unter bfh.ch/soziale-arbeit/newsletter, der zehnmal jährlich erscheint.

Im BFH-Blog knoten-maschen.ch finden Sie noch mehr interessante Forschungsthemen der Sozialen Sicherheit. Mit einem Abo werden Sie regelmässig über neue Beiträge im Blog informiert.

Folgen Sie uns auch auf LinkedIn linkedin.com/showcase/bfh-sozialearbeit, um aktuelle Informationen zu den Aktivitäten am Departement zu erhalten.

Alumni

Werden Sie Mitglied im Verein Alumni BFH Soziale Arbeit und wir laden Sie zu interessanten Veranstaltungen ein.

alumni-sozialearbeit.bfh.ch

Alumni BFH

Soziale Arbeit

Bibliothek Soziale Arbeit

Die Bibliothek am Departement Soziale Arbeit ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Das Angebot umfasst Bücher, DVDs, Zeitschriften, Datenbanken, E-Journals und E-Books. Die Bibliothek ist öffentlich.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 8.00 bis 17.30 Uhr
Hallerstrasse 8, 3012 Bern

bfh.ch/soziale-arbeit/bibliothek

Langzeitanalysen in der Sozialhilfe: Von Erstbezügen und Armutslagen



Prof. Dr. Michelle Beyeler

Auch in der Sozialhilfe bilden statistische Kennzahlen eine wichtige Grundlage für evidenzbasierte Politik. Dazu bedarf es einer sorgfältigen und sachlichen Interpretation der Statistiken. Dies verdeutlichen Sonderauswertungen mit verknüpften Daten im Rahmen der jährlich in Schweizer Städten erhobenen Kennzahlen.



Sozialhilfe ist oft die Rettung in grosser Not.

Seit gut zwanzig Jahren engagiert sich die Städteinitiative Sozialpolitik für die Herausgabe vergleichender Kennzahlen in der Sozialhilfe. Die jährlichen Kennzahlenberichte der Schweizer Städte werden jeweils durch spezifische Auswertungen ergänzt. In den letzten beiden Jahren verknüpften die mit dem Bericht betrauten Forscherinnen der Berner Fachhochschule die Daten verschiedener Jahre, um so neue Erkenntnisse zu den Dynamiken des Sozialhilfebezugs zu gewinnen (Beyeler et al. 2021; 2020).

Mittlere Bezugsdauer bleibt konstant

Die neuen Analysen verdeutlichen, wie wichtig Verlaufsanalysen sind. Sie können Entwicklungen aufdecken, die sich aus den jährlichen Kennzahlen nicht ablesen lassen. So zeigen die Analysen beispielsweise sehr eindrücklich, dass die Wahrscheinlichkeit einer langen Verweildauer in der Sozialhilfe in den letzten zehn Jahren konstant blieb. Wurde 2011 ein neues Dossier eröff-

net, konnte dies im Mittel genauso rasch wieder geschlossen werden, wie ein Dossier, das 2017 neu eröffnet wurde. Bei allen betrachteten Jahreskohorten konnte die Hälfte der Dossiers nach 13 bis 14 Monaten abgeschlossen werden.

Dieses Resultat mag erstaunen. Denn die Kennzahlen, die sich aus den jährlichen Daten berechnen, zeigen im gleichen Beobachtungszeitraum eine kontinuierliche Erhöhung der durchschnittlichen Bezugsdauer. Im Jahr 2011 waren die Hälfte aller aktiven Dossiers über 23 Monate geöffnet, 2019 betrug dieser Wert mehr als 29 Monate. Wie Analysen der jährlichen Zusammensetzung der Fälle nach Bezugsdauer zeigen, verändert sich über die Zeit hinweg primär ein Parameter: Gewisse Fälle können praktisch nicht mehr beendet werden und bleiben im Fallbestand der untersuchten Städte. Entsprechend erhöht sich der Anteil der Dossiers mit Bezugsdauern von über zehn Jahren kontinuierlich. ▶



Welche Auswirkungen die Pandemie auf die Armut gewisser Bevölkerungskreise hat, wird sich erst zeigen.

► Rentenfunktion für wenige

Wer somit die dahinterliegende Dynamik nicht beachtet, könnte fälschlicherweise aus den jährlichen Daten ablesen, dass sich die durchschnittliche Verweildauer in der Sozialhilfe erhöht hat und längere Bezugsdauern heute häufiger sind als vor zehn Jahren. Dies stimmt aber nicht! Die Hauptveränderung besteht darin, dass ein kleiner Anteil der Dossiers praktisch nicht mehr beendet werden kann. Hier übernimmt die Sozialhilfe eine Art Rentenfunktion, die sie so früher nicht hatte.

Ein Grund für diese Entwicklung dürfte in der Verschärfung des Zugangs zu IV-Neurenten im Jahr 2006 liegen. Sind Langzeitarbeitslose «zu wenig gesund» für den Arbeitsmarkt, aber «zu gesund» für eine IV-Rente, übernimmt die Sozialhilfe seither vermehrt deren Existenzsicherung (Guggisberg et al., 2020). Auch wenn es

Die **Kennzahlenberichte «Sozialhilfe in Schweizer Städten»** können unter: staedteinitiative.ch >

Kennzahlen Sozialhilfe eingesehen werden. Aktuell beteiligen sich die folgenden Städte am Kennzahlenbericht: Zürich, Basel, Lausanne, Bern, Winterthur, Luzern, St. Gallen, Biel, Schaffhausen, Uster, Zug, Wädenswil und Schlieren. Der Bericht wird seit 2007 von der BFH verfasst. Seit 2009 basiert er auf den Daten der schweizerischen Sozialhilfestatistik des Bundesamts für Statistik. Derzeit läuft ein Pilotprojekt, an dem weitere Städte aus der Westschweiz beteiligt sind, um die Möglichkeiten einer Erweiterung des Berichts auszuloten.

pro Jahr nicht viele Fälle betrifft, beeinflussen sie dennoch die Fallzusammensetzung, da die Betroffenen sehr lange auf Sozialhilfe angewiesen sind.

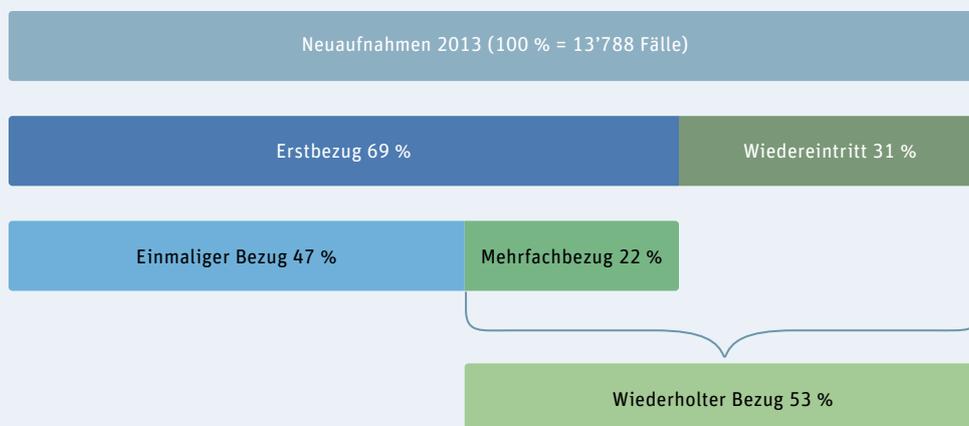
Doppelrolle der Sozialhilfe

Nicht vergessen sollte man jedoch, dass nach wie vor viele Menschen von der Sozialhilfe unterstützt werden, um vorübergehende Engpässe zu überbrücken. Die Langzeitbeziehenden sind in den üblich verwendeten Statistiken, die sich auf den aktuellen Fallbestand beziehen, deutlich übervertreten. Sie verweilen über viele Jahre im Datenbestand, während die Kurzzeitbeziehenden nur kurz auftauchen. Dies muss bei den Diskussionen und politischen Forderungen rund um die Sozialhilfe beachtet werden. Diese Diskussionen fokussieren sich primär auf den Langzeitbezug, während die nach wie vor sehr wichtige Rolle der Sozialhilfe bei der kurzfristigen Überbrückung von Notsituationen zu Unrecht aus dem Blickfeld verschwindet.

Mehrmaliger Sozialhilfebezug

Was bei der Diskussion der Sozialhilfefzahlen ebenfalls oft vergessen geht, ist die grosse Varianz in den individuellen Bezugsverläufen. Dies zeigt sich sehr deutlich, wenn nicht nur die Daten zu einem Fall über die Jahre verknüpft werden, sondern zudem beachtet wird, ob dieselbe Person in derselben Stadt wiederholt Sozialhilfe bezieht. Bisher gibt es hierzu kaum Analysen. Gemäss einer Längsschnitt-Studie zu Bezugsverläufen in der Sozialhilfe haben 27 Prozent der Eintrittskohorte 2006 mehrfach Sozialhilfe bezogen – mit einem oder mehreren Unterbrüchen, die jeweils über sechs Monate dauerten (Salzgeber et al., 2016).

Grafik 1: Bezugstypen der neu aufgenommenen Fälle 2013



Analyse der Neuaufnahmen 2013, basierend auf den Daten der 14 am Projekt beteiligten Städte (siehe Kasten S. 12).

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik 2010–2020, Berechnungen BFH.

Diese Studie hat allerdings nicht untersucht, wie gross der Anteil Wiedereintritte in der betrachteten Kohorte bereits war. Inzwischen sind Verlaufsanalysen über einen längeren Zeitraum möglich, denn seit 2010 hat sich die Datenqualität, die für eine Verknüpfung der Sozialhilfedaten erforderlich ist, deutlich verbessert. So zeigt die Grafik 1 anhand der Eintrittskohorte 2013, dass ein wiederholter Sozialhilfebezug viel verbreiteter ist als bisher gedacht. 31 Prozent der betrachteten Antragsstellenden hatten in den drei Jahren davor bereits einmal in derselben Stadt Sozialhilfe bezogen. Von den 69 Prozent Neuaufnahmen ohne vorherigen Bezug sind in der Folge rund ein Drittel nach der Beendigung des Sozialhilfebezugs ein oder mehrmals wieder in die Sozialhilfe eingetreten. Dies bedeutet, dass lediglich 47 Prozent der Eintrittskohorte 2013 innerhalb des Beobachtungszeitraums von 2010 bis 2020 nur eine einzige Bezugsperiode aufweisen. Der Anteil der Personen, die nur einmal Sozialhilfe beziehen, dürfte tatsächlich eher noch tiefer ausfallen, da Bezüge in anderen Gemeinden nicht berücksichtigt worden sind.

Vielfältige Gründe für wiederholten Bezug

Bei den Fällen mit wiederholtem Sozialhilfebezug weisen über die Hälfte zwei Bezugsperioden und rund ein Viertel drei Bezugsperioden auf. Seltener kommt es zu vier und mehr Bezugsperioden. Vereinzelt gibt es Antragstellende, die praktisch in jedem Beobachtungsjahr für einige Monate Sozialhilfe beziehen und für die deshalb jedes Mal ein neues Dossier eröffnet wird.

Für den wiederholten Bezug gibt es unterschiedliche Gründe: Einerseits sind es Personen, die in der Regel

selbstständig für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, aber nur knapp über dem Existenzminimum leben. Bei unvorhergesehenen Ausgaben – zum Beispiel einer grösseren Zahnarztrechnung – sind sie jedoch auf Überbrückung angewiesen. Andererseits kann eine instabile Einkommenssituation, verbunden mit fehlenden finanziellen Reserven, dazu führen, dass wiederholt Sozialhilfe beantragt werden muss. Dies betrifft zum Beispiel Beschäftigte in Saison- oder Temporärstellung und Selbständige, die ein Kleinunternehmen führen. Auch eine instabile gesundheitliche Situation kann zu wiederholtem Bezug führen.

Rückschläge auf dem Weg in die Unabhängigkeit

Die Lebensumstände, die dazu führen, dass Menschen in Armutslagen geraten und auf Sozialhilfe angewiesen sind, sind vielfältig, und nicht immer lassen sie sich in kurzer Zeit überwinden. Oft werden dafür auch mehrere Anläufe benötigt. Führt der materielle Aufstieg nach einer Bezugsperiode lediglich in eine Einkommensklasse knapp über dem durch die Sozialhilfe abgesicherten Existenzminimum, verbleiben die Betroffenen im armutsnahen Bereich. Verschiedene Lebensereignisse können dann rasch wieder zu einer Armutsperiode führen – beispielsweise eine Trennung, die Geburt eines Kindes oder der Verlust der Erwerbsarbeit.

Die häufigen Wiedereintritte weisen darauf hin, dass der Weg in die wirtschaftliche Unabhängigkeit lang und von Rückschläge begleitet sein kann. Gleichzeitig sind sie aber auch ein Zeichen dafür, dass sich Betroffene wiederholt darum bemühen, sich von der Sozialhilfe zu lösen. ▶

Grafik 2: Anteile Erstbeziehende und Wiedereintritte an den neuen Fällen



Als Erstbeziehende gelten neu aufgenommene Antragstellende, für die im Beobachtungsjahr ein neues Dossier erstellt wurde und die seit mindestens 2010 in der jeweiligen Stadt keine Sozialhilfe bezogen haben. Jährliche Fallzahl (N = 100 %) zwischen 12'070 (2019) und 14'109 (2015).

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik 2010–2020, Berechnungen BFH.

► Verfestigen sich die Armutslagen?

Die zeitliche Entwicklung der Anteile an Wiedereintretenden bei den Neuaufnahmen lässt vermuten, dass die Fälle mit wiederholtem Sozialhilfebezug leicht zunehmen. So waren in den Jahren 2016 bis 2019 jeweils 38 Prozent der Neuaufnahmen Wiedereintritte, während es in den Jahren davor noch 31 Prozent waren (siehe Grafik 2).

Dieser höhere Anteil gründet wahrscheinlich auf zwei unterschiedliche, parallel stattfindende Entwicklungen. Einerseits dürfte im Zuge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung von 2016 bis 2019 die Armutsrisiken in der Gesamtbevölkerung gesunken sein, womit weniger Personen neu in eine Armutslage geraten sind. Andererseits dürfte sich aber im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels auch das Risiko gewisser Bevölkerungsteile erhöht haben, in einem instabilen Grenzbereich zwischen Armut und prekärer eigener Existenzsicherung festzusitzen.

Die leichte Zunahme des Anteils der Erstbeziehenden im Jahr 2020 hat zwei Ursachen. Aufgrund der Coronapandemie waren Haushalte, die ihre Existenz zuvor konstant selbst sichern konnten, plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen. Gleichzeitig kamen 2020 aber auch die in hoher Zahl neu aufgenommenen Flüchtlinge aus dem Jahr 2015 in die Zuständigkeit der kantonalen Sozialhilfesysteme.

Offene Entwicklung nach der Pandemie

In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob die aktuelle Pandemie einen weiteren, allenfalls stärkeren

Strukturwandel zur Folge hat, dessen Verliererinnen und Verlierer neu in die Sozialhilfe gelangen werden. Eine längerfristige Zunahme der Wiedereintritte würde darauf hindeuten, dass sich die Armutslagen bei gewissen Bevölkerungsteilen verfestigen und diese sich im instabilen Grenzbereich zwischen Armut und prekärer eigener Existenzsicherung bewegen. Solche Entwicklungen muss man in den nächsten Jahren im Auge behalten. Allenfalls muss ihnen mit entsprechenden Gegenmassnahmen begegnet werden. ■

Literatur

- Beyeler M., Schuwey C., Kraus S. (2020). *Sozialhilfe in Schweizer Städten. Die Kennzahlen 2019 im Vergleich*. Winterthur: Städteinitiative Sozialpolitik.
- Beyeler M., Schuwey C., Richard T. (2021). *Sozialhilfe in Schweizer Städten. Die Kennzahlen 2020 im Vergleich*. Winterthur: Städteinitiative Sozialpolitik.
- Guggisberg J., Bischof S. (2020). *Entwicklung der Übertritte von der Invalidenversicherung in die Sozialhilfe. Analysen auf Basis der SHIVALV-Daten. Beiträge zur Sozialen Sicherheit*, Forschungsbericht Nr. 8/20.
- Salzgeber R., Fritschi T., von Gunten L., Hümbelin O., Koch K. (2016). *Analyse der zeitlichen Verläufe in der Sozialhilfe*. Bern: Berner Fachhochschule (BFH), Fachbereich Soziale Arbeit. Im Auftrag des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Prof. Dr. Michelle Beyeler, Dozentin
michelle.beyeler@bfh.ch

... ist seit 2017 Projektleiterin des «Kennzahlenvergleichs zur Sozialhilfe in Schweizer Städten». Sie habilitierte an der Universität Zürich in Politikwissenschaft und forscht an der BFH im Bereich Existenzsicherung und Integration.

Richtungswechsel – ein Ansatz für Langzeitbeziehende in der Sozialhilfe



Prof. Dr. Simon Steger



Dr. Dorian Kessler

Wie können Menschen, die seit langem von der Sozialhilfe leben, den Weg in die Unabhängigkeit finden? Dieser Frage nimmt sich ein von der Innosuisse gefördertes BFH-Projekt an. Das Forschungsteam untersucht, ob sich eine intensivere Beratung der Langzeitbeziehenden auszahlt. Erste Zwischenergebnisse zeigen positive Effekte.

Langzeitbezug in der Sozialhilfe ist gesellschaftlich problematisch. Mit zunehmender Bezugsdauer schwinden die Chancen Betroffener auf wirtschaftliche Unabhängigkeit (SKOS, 2021). Bei Langzeitbezug handelt es sich um andauernde Armut, die oft sowohl strukturelle als auch individuelle Ursachen hat: Oft treffen eingeschränkte Erwerbsfähigkeit und ein Mangel an Arbeitsplätzen zusammen. Die Forschung zeigt, dass Armut bei Menschen Stress und negative affektive Zustände, beispielsweise Unzufriedenheit oder Ängste, verursacht. Dies führt unter anderem dazu, dass Betroffene kurzfristige Entscheidungen treffen, eher gewohnheitsmässig statt zielorientiert handeln (Haushofer & Fehr, 2014) oder bei fehlenden Perspektiven resignieren (Hagen, 2004). So gelingt es den Betroffenen viel schlechter, der Armut zu entkommen.

Bislang richtet der Sozialstaat für Menschen in solchen Situationen insbesondere herkömmliche wirtschaftliche und persönliche (Sozial-)hilfe aus oder versucht, sie durch Beschäftigungs- und Integrationsprogramme in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Beratungsansätze, die sich gezielt an Langzeitbeziehende richten, sind nicht bekannt. Deshalb hat die BFH unter Einbezug von Fachpersonen aus der Praxis den Ansatz «Richtungswechsel» entwickelt. Der Ansatz sieht eine intensive Kurzzeit-Intervention vor, die das Kompetenzerleben und Wohlbefinden der Betroffenen unmittelbar verbessern und den Langzeitbezug mittelfristig verringern soll.

Wie die Kurzzeit-Intervention aussieht

Im «Richtungswechsel» wurden verschiedene methodische Elemente adaptiert und neu kombiniert, die einzeln teilweise bereits in anderen Kontexten praktiziert werden. So beinhaltet der Ansatz Bausteine des Design Thinking im Coaching, der Akzeptanz- und Commitment-Therapie sowie der system- und lösungsorientierten Sozialarbeit. Die Intervention basiert auf der Grundannahme, dass die Orientierung am Willen, an der Selbstwirksamkeit und der Zukunft der Langzeitbeziehenden Aktivitäten fördert, mit deren Hilfe sie das eige-

ne Leben gestalten können. Zudem findet für die Durchführung der Intervention ein bewusster Wechsel in der Fallführung der persönlichen (Sozial-)hilfe statt, um für einen frischen Blick und neue Dynamik zu sorgen.

Die Intervention ist auf vier bis fünf Sitzungen angelegt. In der ersten Beratungssitzung erkundet ein*e Sozialarbeiter*in die Werte und Bedürfnisse der langzeitbeziehenden Person entlang verschiedener Lebensbereiche. Die zweite Sitzung dient dazu, Zukunftsideen zu entwickeln. In der dritten Sitzung wird eine persönliche Umsetzungsstrategie entworfen. Eine optionale Zusatzsitzung ermöglicht es, Erfolge zu verstärken und Hindernisse zu bewältigen. In der vierten und letzten Sitzung wird das Erreichte ausgewertet und die zukünftige Unterstützung in der Sozialhilfe geklärt. Ein Web-Handbuch mit geeigneten methodischen Arbeitsmaterialien unterstützt die Fachperson bei der Durchführung der Intervention (vgl. Literatur).

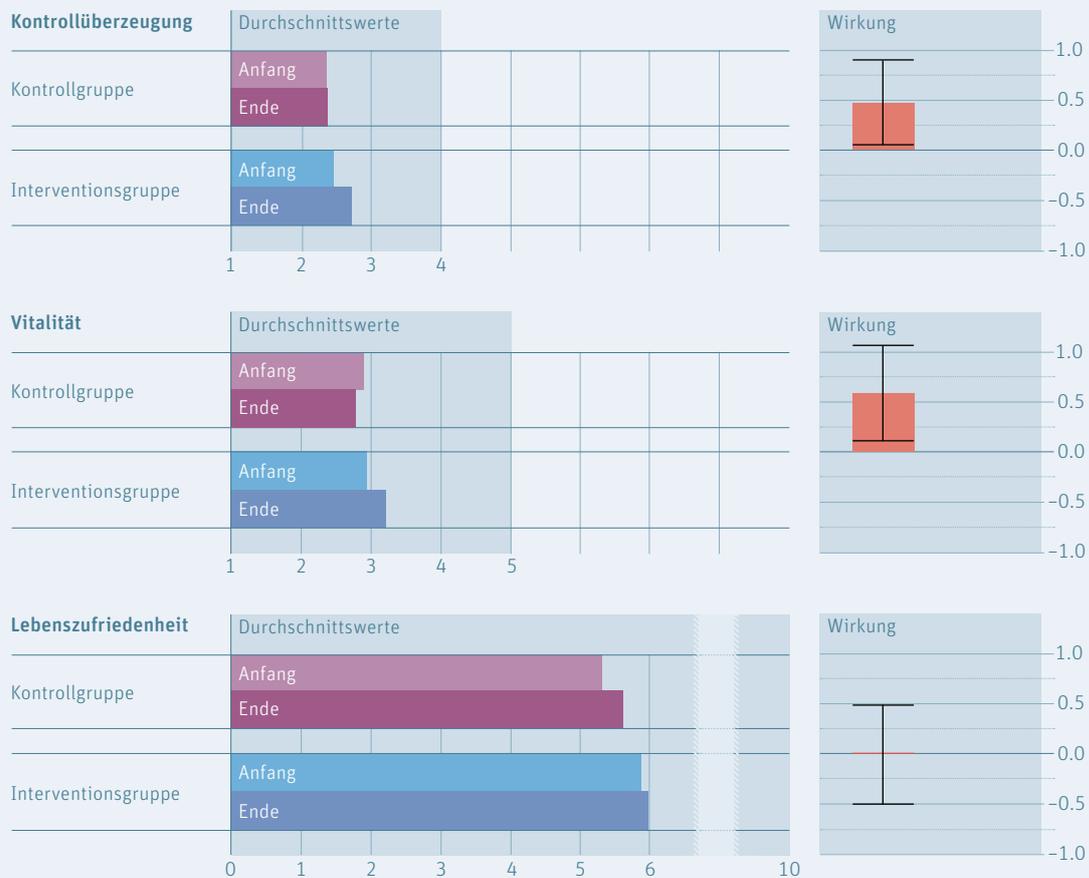
Methodisches zur Wirksamkeits-Studie

Um die Wirkung der Intervention zu untersuchen, führte die BFH eine Studie in den Sozialdiensten Bern, Dietikon, Ittigen und Thun durch ($N = 106$). Die beteiligten Fachpersonen wurden vorgängig in der Anwendung des Ansatzes geschult. Für die Studie kamen Sozialhilfebeziehende in Frage, die gewisse Kriterien erfüllen (z.B. Bezug von wirtschaftlicher Sozialhilfe während mindestens 36 Monaten). Nicht berücksichtigt wurden unter anderem Personen, die jünger als 25 Jahre alt waren oder sich in einer Ausbildung befanden.

Per Zufallszuteilung wurden die ausgewählten Personen nun entweder der Gruppe mit dem Ansatz «Richtungswechsel» (= Interventionsgruppe, $n1 = 48$) oder der Kontrollgruppe zugewiesen, die die übliche persönliche (Sozial-)hilfe erhalten sollte ($n2 = 58$). Eine ungewollte Verzerrung konnte durch die zufällige Zuteilung weitgehend verhindert werden.

Die Intervention dauerte durchschnittlich rund drei Monate. In diesem Zeitraum führten die Fachpersonen im Schnitt vier Beratungsgespräche unter Zuhilfenahme des Manuals durch. Ein Drittel der Teilnehmenden brach ►

Abbildung: Wirkungsmessungen des «Richtungswechsels» auf Kontrollüberzeugung, Vitalität und Lebenszufriedenheit



Lesebeispiele...

... für den Durchschnittswert Kontrollüberzeugung: Auf einer Skala von 1–4 haben die Befragten in der Interventionsgruppe vor der Intervention einen Durchschnittswert von rund 2.5 angegeben und nach der Intervention rund 2.7.

... für die Wirkung: Der Effekt der Intervention auf die Kontrollüberzeugung ist bedeutsam ($\beta > .2$) und überzufällig erhöht (95-prozentiges Konfidenzintervall überlappt nicht mit 0).

- ▶ die Intervention ab, die Hälfte davon nach dem Erstgespräch. Die Dropout-Analyse zeigt, dass Studienabbrechende im Schnitt signifikant länger Sozialhilfe beziehen als die -teilnehmenden (Bezug von rund 8,5 Jahren statt rund 6 Jahre). Damit die Abbrüche das Ergebnisbild nicht verzerren, wurde eine statistische Gewichtung vorgenommen. Diese stellt sicher, dass die Studienteilnehmenden die Grundgesamtheit zu Untersuchungsbeginn repräsentieren.

Die Teilnehmenden wurden am Anfang und Ende der Intervention befragt. Die kurze Online-Umfrage stand in zwölf Sprachen zur Verfügung und konnte auf dem Sozialdienst ausgefüllt werden. Erfasst wurde zum einen das Kompetenzerleben. Die Teilnehmenden wurden zum Beispiel gefragt, wie stark die Aussage «Oft fühle ich mich meinen Problemen ausgeliefert» auf ihr Leben zutrifft. Die Antworten auf diese und ähnliche Fragen geben Aufschluss über die **Kontrollüberzeugung** und zeigen, wie jemand einschätzt, das Leben durch eigenes Handeln beeinflussen zu können (Schuler et al., 2020).

Zum anderen wurde das subjektive Wohlbefinden erfasst: Dabei ging es um die **Vitalität**, also das Gefühl, lebendig und voller Energie zu sein (Ryan & Frederick, 1997) und um die **Lebenszufriedenheit**. Damit ist die reflektierte Beurteilung des eigenen Lebens gemeint (Bundesamt für Statistik, 2022). Hierzu mussten die Teilnehmenden beispielsweise angeben, wie oft sie sich in den letzten vier Wochen voller Energie, erschöpft oder müde gefühlt haben und auf einer Skala festhalten, wie zufrieden sie mit ihrem jetzigen Leben sind.

Die Forschenden gingen davon aus, dass der «Richtungswechsel» wirkt, sofern sich bei der Interventionsgruppe am Schluss Kontrollüberzeugung, Vitalität und Lebenszufriedenheit verbessern und diese Verbesserung zudem ausgeprägter ist als bei der Vergleichsgruppe.

Wie der «Richtungswechsel» unmittelbar wirkt

In der Abbildung oben sind die Wirkungsmessungen des «Richtungswechsels» auf die Kontrollüberzeugung, Vitalität und Lebenszufriedenheit zu sehen. Abgebildet

sind die Durchschnittswerte der Interventions- und Kontrollgruppe vor und nach der Intervention. Der linke Bereich bildet die Durchschnittswerte ab, der rechte Bereich die am Ende erzielte Wirkung (Differenz von Differenzen).

Die Ergebnisse zeigen, dass der «Richtungswechsel» die Kontrollüberzeugung und Vitalität Langzeitbeziehender bedeutsam und überzufällig erhöht. Der Gesamteffekt wird durch eine verbesserte Einschätzung der Aussage «Oft fühle ich mich meinen Problemen ausgeliefert» und die Einschätzungen bezüglich Müdigkeit und Erschöpfung getrieben. Keine signifikanten Effekte der Intervention ergaben sich hingegen für die Lebenszufriedenheit. Sie blieb während des Beobachtungszeitraums bei beiden Gruppen relativ konstant.

Übrigens wurden bewusst bewährte Erhebungsinstrumente des Bundesamtes für Statistik verwendet, damit Vergleiche mit der Allgemeinbevölkerung möglich sind. Es zeigt sich, dass die Lebenszufriedenheit, Kontrollüberzeugung und Vitalität der Langzeitbeziehenden erheblich schlechter sind als in der Allgemeinbevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die Unterschiede sind selbst bei der Interventionsgruppe nach der Intervention noch statistisch signifikant.

Einordnung der Zwischenergebnisse

Warum steigert die Intervention «Richtungswechsel» mit wenigen Sitzungen die Vitalität und Kontrollüberzeugung Langzeitbeziehender, aber nicht die Lebenszufriedenheit? Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass der Ansatz unmittelbar innere Ressourcen verbessert, während die Lebenszufriedenheit eher einem «Endergebnis» (Venhooven, 2021) entspricht, das sich womöglich erst später einstellt. Das scheint insofern plausibel, als die Beratung Veränderungsprozesse anstossen will, die bei Interventionsende nicht abgeschlossen sind. Eine andere Erklärung könnte lauten, dass die Lebenszufriedenheit eines Menschen stark vom Zustand wichtiger Lebensbereiche abhängt (z.B. eine Arbeit haben). Dies hängt wiederum auch von strukturellen Faktoren ab, die sich durch die Menschen selbst nur teilweise beeinflussen lassen. Die Ergebnisdokumentationen der Fachpersonen aus der Praxis zeigen, dass sogenannte «Umgebungsprobleme» im Wirtschafts- und Grundversorgungssystem, wie etwa keine angemessene Tätigkeit im Gemeinwesen zu haben, die Intervention im Schnitt am stärksten beeinträchtigen.

Die Grenzen der Studie liegen darin, dass sich die Ergebnisse aufgrund von Einschluss- und Ausschlusskriterien nicht für sämtliche Langzeitbeziehenden verallgemeinern lassen. Zudem ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht auszuschliessen, dass die Wirkung mit der Zeit nachlässt oder Placebo-Effekte (z.B. Erfolgserwartungen) die Wirkung beeinflussen.

Beachtenswert ist ferner die Erkenntnis aus der Drop-out-Analyse: Bei Personen, die länger Sozialhilfe beziehen, ist das Risiko überzufällig grösser, dass sie eine Kurzzeitintervention mit wenigen Sitzungen abbrechen. Das wirft die Frage auf, ob die Hilfe besser angenommen würde, wenn sie zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen könnte. Zudem liessen sich möglicherweise Abbrüche nach der ersten Sitzung durch eine verbesserte mündli-

che Vorinformation über den Ansatz vermeiden.

Interessant wird die Fortfolge der Studie sein, in der zum einen in qualitativen Nachbefragungen erfasst wird, wie die Hilfebeziehenden die Intervention erlebt haben und wie ihre momentane Lebenssituation ist. Zum anderen werden anhand von Administrativdaten die Effekte der Intervention auf die mittelfristigen Gesundheits- und Sozialhilfekosten untersucht. Sollte sich der Ansatz bewähren, strebt die BFH zusammen mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) an, den Ansatz in weiteren Gemeinden anzuwenden.

Insgesamt sind die ersten Zwischenergebnisse vielversprechend, da der «Richtungswechsel» offenbar bereits mit wenigen systematischen Beratungssitzungen die Menschen befähigt, Herausforderungen im Leben anzugehen, und dazu beiträgt, dass sie sich besser fühlen. ■

Literatur:

- Bundesamt für Statistik. (2022, 11. Februar). *Lebenszufriedenheit*. bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/alle-indikatoren/gesellschaft/lebenszufriedenheit.html
- Haushofer, J. & Fehr, E. (2014). On the psychology of poverty. *Science*, 344(6186), 862–867. doi.org/10.1126/science.1232491
- Hagen, C. (2004). *Wege aus der Sozialhilfe – Wege aus der Armut? Lebensverläufe zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. socialnet.de/materialien/attach/436.pdf
- Ryan, R.M. & Frederick, C. (1997). On Energy, Personality, and Health: Subjective Vitality as a Dynamic Reflection of Well-Being. *Journal of Personality*, 65(3), 529–565. doi.org/10.1111/j.1467-6494.1997.tb00326.x
- Schröder, M. (2021). *Wann sind wir wirklich zufrieden. Überraschende Erkenntnisse zu Arbeit, Liebe, Kindern, Geld*. München: Penguin. penguinrandomhouse.de/Taschenbuch/Wann-sind-wir-wirklich-zufrieden/Martin-Schroeder/Penguin/e592189.rhd
- Schuler, D., Tuch, A. & Peter, C. (2020). *Psychische Gesundheit in der Schweiz. Monitoring 2020*. (Obsan Bericht 15/2020). Neuchâtel: Schweizerisches Gesundheitsobservatorium. obsan.admin.ch/de/publikationen/2020-psychische-gesundheit-der-schweiz
- SKOS. (2021). *Langzeitbezug in der Sozialhilfe*. skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/grundlagen_und_studien/2021_10_GP_Langzeitbezug.pdf
- SKOS. (2021). *Handbuch Richtungswechsel*. rl.skos.ch. (Anleitung: Auf der rechten Seite das Handbuch auswählen, danach auf der linken Seite die Kapitel A und B anwählen.)
- Veenhoven R. (2021). Why Studies in the Effect of Positive Psychological Interventions Should Use Life-Satisfaction as an Outcome. *Front. Psychol.* 12:758623. doi.org/10.3389/fpsyg.2021.758623

Prof. Dr. Simon Steger, Dozent

simon.steger@bfh.ch

... ist stellvertretender Leiter des Instituts Organisation und Sozialmanagement und forscht u.a. zu Sozialhilfe. Er ist zudem verantwortlich für Weiterbildungen im Bereich Sozialberatung. Er leitet das Innosuisse-Projekt «Richtungswechsel». Zum Forschungsteam gehören neben ihm Dorian Kessler, Katharina Eiler und Fabienne Schüpbach.

Dr. Dorian Kessler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

dorian.kessler@bfh.ch

... verantwortet verschiedene Forschungsprojekte am Institut Soziale Sicherheit und Sozialpolitik. Im Projekt «Richtungswechsel» ist er für die statistische Auswertung und Interpretation der Daten zuständig.

Forschung

Alterspolitik in den Gemeinden professionell organisieren



Viele Gemeinden haben in den letzten Jahren Altersbeauftragte oder ähnliche Stellen für Fragen rund um das Älterwerden geschaffen. Eine Übersicht über deren vielfältige Formen gab es bisher nicht. In einem von der Age-Stiftung, der Beisheim Stiftung und Pro Senectute Kanton Bern geförderten Projekt hat die BFH zuständige Personen aus Berner Gemeinden interviewt. Sie hat daraus eine Organisations-Typologie abgeleitet und Erfolgsfaktoren identifiziert, die für den Aufbau und die Weiterentwicklung kommunaler Alterskompetenzstellen wichtig sind. Die Projektergebnisse sind in einer Broschüre zugänglich. Als Entscheidungshilfe richtet sie sich an Gemeindebehörden und -verantwortliche sowie an alle Interessierten, die sich in ihrer Gemeinde in Altersfragen engagieren.

Die Broschüre liegt in einer elektronischen und einer gedruckten Version vor.

Link zur Online-Version der Broschüre: bfh.ch/okapi

Kontakt:

Prof. Matthias von Bergen, Dozent
matthias.vonbergen@bfh.ch

Arbeitsmonitoring im Kanton Basel-Landschaft

In den letzten Jahren ist in der Schweiz das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines systematischen Arbeitsmonitorings gewachsen. Damit soll eine Grundlage geschaffen werden, um die Arbeitsproblematik zielgerichtet und präventiv angehen zu können. Die BFH hat dafür gemeinsam mit der Caritas Schweiz einen Modellvorschlag entwickelt, der sich auf neuste wissenschaftliche Erkenntnisse abstützt und vielseitige Möglichkeiten der Arbeitsbeobachtung in den Kantonen zulässt. Damit ist eine umfassende Beschreibung der Arbeitslage der Bevölkerung und eine Überprüfung bestehender Sozialinstrumente möglich. Der Kanton Basel-Landschaft hat nun die BFH beauftragt, das Monitoring-Modell der Caritas und der BFH im Kanton BL umzusetzen. Die Implementation des Monitorings ist ein wichtiges Element der im Jahr 2020 verabschiedeten kantonalen Arbeitsstrategie.

Kontakt:

Prof. Dr. Oliver Hümbelin, Dozent
oliver.huembelin@bfh.ch

Publikation

Schule und Kinderschutz – Handbuch für Schule und Schulsozialarbeit

Das neue Buch zeigt auf, welche Verantwortung die Schule bei Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung von Schüler*innen trägt. Es enthält praktische Tipps und Instrumente, wie das Kindeswohl eingeschätzt und wie kindgerecht vorgegangen werden kann, um die Eltern kooperativ in einen Hilfeprozess einzubeziehen oder eine Meldung an die KESB zu machen. Das Buch zeigt auf, wie die Rollenverteilung innerhalb der Schule aussehen kann und richtet sich so an alle Akteur*innen der Schule, Tagesschule und schulnaher Dienste wie der Schulsozialarbeit.



Bestellen:

haupt.ch/buecher/soziales-wirtschaft/schule-und-kinderschutz
Unsere Weiterbildungen zum Thema: bfh.ch/schulsozialarbeit

Kontakte:

Regina Jenzer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
regina.jenzer@bfh.ch und
Prof. Dr. Andrea Hauri, Co-leiterin Abteilung Soziale Intervention,
andrea.hauri@bfh.ch

Sozialmanagement: Publikation zur Tagung in Bern

Im April 2022 ist der Tagungsband zum Fachkongress der internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialwirtschaft/Sozialmanagement (INAS) erschienen. Der Kongress hatte 2020 in Bern stattgefunden und war von der BFH und der INAS organisiert worden. Der Band trägt den Titel «Zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Wettbewerb – Sozialmanagement und Sozialwirtschaft in einem sich wandelnden Umfeld» und thematisiert aktuelle Diskurse rund um Veränderungen und Herausforderungen in Organisationen des Sozial- und Gesundheitsbereichs. Zu den Autor*innen gehören verschiedene Dozierende und wissenschaftliche Mitarbeitende des Departements Soziale Arbeit. Sie können den Tagungsband beim Springer-Verlag bestellen. Demnächst wird er auch in der Bibliothek des Departements zur Ausleihe bereitstehen.

Bestellen bei: link.springer.com

Unsere Weiterbildungen zum Thema:
bfh.ch/soziale-arbeit/management

Kontakt:

Katharina Eiler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
katharina.eiler@bfh.ch

Über ein Dilemma, das auch die Soziale Arbeit betrifft

Christoph Tschanz, Dr. phil. in Sozialarbeit und Sozialpolitik

Während des Masterstudiums war ich als Coach und Berater für Personen im Autismus-Spektrum tätig. Das Angebot bestand im Auftrag der Invalidenversicherung. Zeitgleich begann ich, mich für meine Masterarbeit mit den Disability Studies auseinanderzusetzen. Diese Kombination führte mir ein Spannungsfeld vor Augen, das mein Interesse nachhaltig weckte.

Einerseits stehen die Disability Studies der Herstellung von Differenzkategorien rund um Behinderung sehr kritisch gegenüber. Sie bemängeln zum Beispiel, dies führe zu Stigmatisierungs- und Ausschlussmechanismen. Um diese These zu ergründen, werden soziologische Klassiker herangezogen wie die Theorie von Goffman, die Beschreibung symbolischer Gewalt nach Bourdieu oder die Verflechtung zwischen Normalität, Wissen und Macht nach Foucault (vgl. u. v. a. Waldschmidt, 2011).

In meiner damaligen Praxis erlebte ich andererseits regelmässig Klient*innen, die unter der Absenz von Kategorisierungen litten. Beobachtet habe ich dies bei Personen, die sich in einer (Teil-)Rentenprüfung der Invalidenversicherungen befanden. Ich habe mehrere Klient*innen erlebt, die negative Rentenbescheide erhalten haben, die für sie kaum nachvollziehbar waren. Dabei konnte ich beobachten, dass es grosse Unsicherheiten und Ängste bis hin zu psychischen Krisen auslösen kann, wenn man vom schweizerischen Sozialstaat ganz offiziell als «nicht behindert» oder «nicht behindert genug» kategorisiert wird.

Wie auf einem Trampolin zwischen Praxis und Theorie hin- und herspringend, sah ich damals immer wieder diese zwei Gesichter der Kategorisierung. Während der Arbeit an meiner Doktorarbeit suchte ich lange danach, wie dieses Spannungsfeld theoretisch erfasst und beschrieben werden könnte. Als sehr treffend empfand ich schliesslich die in der Forschung aufgefundene Umschreibung des Phänomens als «Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma» (Füssel & Kretschmann 1993, S. 43–55).

Die Kategorien rund um Behinderung können sehr problematische Etikettierungsfolgen haben, sind aber auch Voraussetzung, um spezifische Ressourcen zu erhalten. Das führt dazu, dass sich auch die Soziale Arbeit in einem Dilemma befindet. Einerseits ist sie bei der (Wieder-)Verwendung von Kategorien rund um Behinderung aktiv am Kategorisierungsprozess beteiligt. Andererseits kann sie in unserer Konkurrenz- und

«Die Kategorie Behinderung kann problematische Etikettierungsfolgen haben, ist aber auch Voraussetzung, um spezifische Ressourcen zu erhalten. Die Soziale Arbeit befindet sich in einem Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma.»

eingetaucht – aufgetaucht

Wer forscht zu welchem Thema am Departement? Ob Dissertation, Nationalfonds oder Master-Thesis: Jenseits von Fachbegriffen schreiben in dieser Reihe Lehrpersonen und Nachwuchs, was am eigenen Projekt bewegt, ins Stolpern bringt oder einen Schritt weiterführt.

Christoph Tschanz ist seit 2020 an der BFH beschäftigt. Davor arbeitete er dank Doc.CH-Beitrag an der Universität Fribourg an seiner Dissertation, die er im Februar 2022 erfolgreich verteidigt hat. Ursprünglich studierte er Klinische Heilpädagogik und Sozialpädagogik und hat in diesem Berufsfeld mehrjährige Praxiserfahrung. Er lebt mit Partnerin, Tochter und Hund in Kirchlindach.

Leistungsgesellschaft nicht gänzlich auf diese Kategorien verzichten. Als Sozialarbeiter*in stecken wir also selbst in einem Spannungsfeld zwischen Sicherstellung von Hilfe und Übernahme einer aktiven Rolle in einem für unsere Klientel und die gesellschaftliche Wahrnehmung von «Anderssein» nicht unproblematischen Etikettierungsprozess.

Mir scheint dies ein Spannungsfeld zu sein, aus dem man als Sozialarbeiter*in nicht so schnell hinauskommt. Dasselbe gilt übrigens auch für die Sozialwissenschaft, wie ich im mehrjährigen Kreisen rund ums Thema festgestellt habe (Tschanz, im Druck). Das Reflektieren über dieses Spannungsfeld habe ich aber immer als hilfreich erlebt, und ich empfinde es als wichtig. ■

Literatur:

- Füssel, H.-P. & Kretschmann, R. (1993). *Gemeinsamer Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder*. Witterschlick: Verlag Marg. Wehle.
- Tschanz, C. (im Druck). *Real Distributive and Emancipatory Dilemmas Within Disability Policy Regimes: Comparative Perspectives with a Focus on Switzerland*. Doktorarbeit im Studienfach Sozialarbeit und Sozialpolitik, Universität Fribourg.
- Waldschmidt, A. (2011). Symbolische Gewalt, Normalisierungsdispositiv und/oder Stigma? Soziologie der Behinderung im Anschluss an Goffman, Foucault und Bourdieu. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36(4): 89–106.



Herausforderungen und Zukunftsperspektiven in der Arbeitsintegration



Erich Zbinden leitet seit August 2020 das Kompetenzzentrum Arbeit KA der Stadt Bern. In dieser Funktion ist er für die Angebote der sozialen und beruflichen Integration in der Stadt Bern verantwortlich: für Menschen aus der Regel- und Asylsozialhilfe sowie für Jugendliche ohne Berufsbildung.

Das Interview führte Prof. Dr. Peter Neuwenschwander am 9. Februar 2022.

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und verlangt zunehmend nach gut ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig haben die Anforderungen der Geldgeber*innen zugenommen. Wie können sich die Anbieter*innen von Integrationsmassnahmen in diesem Spannungsfeld behaupten? Der Leiter des Kompetenzzentrums Arbeit der Stadt Bern liefert Antworten.

Erich Zbinden, Sie arbeiten schon länger im Bereich der Arbeitsintegration. Seit etwas über eineinhalb Jahren sind Sie Leiter des Kompetenzzentrums Arbeit der Stadt Bern. Was fasziniert Sie an diesem Tätigkeitsgebiet?

Erich Zbinden: Mithelfen zu können, Möglichkeiten für die Integration zu schaffen – das finde ich toll! An diesen Prozessen beteiligt sein zu dürfen, die den Leuten Chancen eröffnen, dazuzugehören – das ist meine innere Motivation. Die Mischung aus Arbeit, Bildung, Coaching und Vermittlung im KA gefällt mir. Wir haben hier alles: Betriebe, die Arbeitsmöglichkeiten geben, Coaches mit einer riesigen Bandbreite von Tools und Angeboten, professionelle Vermittlung. Und letztlich ist es die Metaebene, die mich sehr fasziniert: Der hohe Stellenwert von Arbeit in der Gesellschaft und im Leben jeder einzelnen Person.

Viele der in unserer Studie befragten Fachpersonen sind der Meinung, dass es immer schwieriger wird, erwerbslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Sehen Sie das auch so?

Was man nebst der Digitalisierung, Technisierung, Globalisierung merkt: Der Druck, der Speed ist gestiegen, die Anforderungen sind gestiegen. Auch der Druck von Unternehmen in der Wirtschaft, rentabel zu sein und agil zu bleiben. Das stellt deutlich höhere Ansprüche an die Arbeitskräfte. Ein grosser Teil unserer Zielgruppe sind Leute, die von der Sozialhilfe leben: Sehr viele sind fremdsprachig, haben einen tiefen Bildungsstand und nur wenige haben einen Berufsabschluss. Hinzu kommen die gesundheitlichen Herausforderungen, psychisch wie physisch. Ihnen fehlt oftmals die Fähigkeit, schnell neue Dinge zu lernen, sich auf neue Leute, neue

Produkte, neue Prozesse einzustellen. Kurz gesagt: Was im ersten Arbeitsmarkt nachgefragt wird, «matcht» nicht mehr mit unseren Klient*innen.

Ist es aufgrund der Corona-Pandemie noch schwieriger geworden, Erwerbslose zu vermitteln?

Im letzten Jahr konnte das KA auf dem Stand von 2019 vermitteln, als hätte es nie eine Pandemie gegeben. Dabei handelt es sich aber um viele temporäre Stellen. Dieses Prekäre hat eine Ambivalenz in sich. Einerseits ist es ein echter Job, eine echte Arbeitsmarkt-Umgebung, ein echter Lohn, der vorübergehend zur Ablösung von der Sozialhilfe führt. Das ist die gute Seite der Medaille. Andererseits bleibt die Unsicherheit.

Müssten die Arbeitgebenden mehr Verantwortung übernehmen und mehr Arbeitsplätze für wenig qualifizierte Personen anbieten?

Eine Idee, die bei uns immer wieder auftaucht, ist, Unternehmen zu beraten, wie einzelne, einfache Aufgaben sinnvoll zu einem Job zusammengeführt werden könnten. Wir alle haben Anteile bei unserer Arbeit, die nicht unsere Kompetenz benötigen. Und trotzdem fallen sie an. Dort könnten wir aufzeigen, wie man solche Aufgaben bündelt.

Im ersten Arbeitsmarkt wird viel unternommen, um Menschen in den Betrieben zu halten. Das muss man auch mal sagen. Diese Betriebe stellen nicht unsere Leute an, sondern tragen zu ihrer eigenen Sorge. Das ist eine Bestrebung der Wirtschaft, die man würdigen muss. Sorge du mit deiner Firma dafür, dass keine Menschen arbeitslos werden. Das ist Prävention.

Welche Verantwortung hat jede*r Einzelne von uns, um arbeitsmarktfähig zu bleiben?

Salopp gesagt: am Ball bleiben. Die drei wichtigsten Faktoren sind: Bildung, Bildung, Bildung. Auf welcher Ebene auch immer. Am Ball zu bleiben – das sehe ich als Verantwortung des Individuums. Wie kann ich wach ►

«Es ist paradox: Wir werfen der Wirtschaft prekäre Arbeitsbedingungen und eine «Hire-and-Fire»-Mentalität vor, und sind selbst ein Teil dieses Spiels.»



- und lernfähig bleiben? Aber auch: Wie kann ich sozial vernetzt bleiben? Wie kann ich physisch und psychisch gesund bleiben? Ich denke, diesbezüglich können wir schon mithelfen, Strukturen zu schaffen. Aber letztlich ist es eine individuelle Verantwortung.

Unsere Studie zeigt auch auf, dass sich viele Anbieter*innen von Integrationsmassnahmen darüber beklagen, dass die Anforderungen der staatlichen Stellen in den letzten Jahren gestiegen sind. In diesem Zusammenhang fallen immer wieder die Stichworte «Submissionsverfahren» und «Controlling». Wie sieht diesbezüglich Ihre Wahrnehmung aus?

Das war eigentlich schon immer so. Die arbeitsmarktlichen Massnahmen werden ausgeschrieben. Der Kanton Bern hat entschieden, dass er das weiterhin will, auch wenn er nach rechtlicher Situation nicht müsste. Es wird also nicht zunehmend schwieriger, es ist schon seit Jahren schwierig. Das BIAS-Reporting ist eine echte Herausforderung. Vor allem, wenn man als Betrieb eine bestimmte Grösse hat und vielleicht noch strategischer Partner ist und das alles zusammenbringen muss. Man hat diese Tools aus einer Systemlogik heraus entwickelt, die den Anbieter*innen punkto Kundenfreundlichkeit nicht entgegenkommt. Wir reporten für ein «Jobtimal» anders als für ein BIAS-Angebot, für ein Motivationssemester wiederum anders als für eine städtische Massnahme. Das ist ein nicht unwesentlicher Aufwand.

Sehen Sie weitere Schwierigkeiten in der Steuerungslogik des Kantons Bern?

Unsere grösste Schwierigkeit ist, dass wir als Anbieter im Kanton Bern keine Rückstellungen machen dürfen. Gleichzeitig müssen wir innovativ und wettbewerbsfähig sein und Offerten ausarbeiten. Das geht nicht auf. Wenn man im laufenden Budget in eine grosse Offerte einsteigen will, muss man das irgendwo abzwacken von bestehenden Verträgen. Damit haben wir zu kämpfen. Jede Unternehmung macht in den guten Jahren Rückstellungen, damit sie investieren kann. Von uns wird verlangt, dass wir uns verhalten wie im Markt, die unternehmerischen Instrumente dazu werden uns aber nicht zugestanden. Das sehe ich als grosse Herausforderung. Das braucht einen Extra-Effort.

Und wie kann das KA diesen Extra-Effort leisten?

Wir haben das Privileg, dass wir aufgrund der Grösse und weil wir ein Bereich des Sozialamts sind, gewisse Stabsstellen haben, die wir beanspruchen können und nicht extra bezahlen müssen. Beispielsweise wissenschaftliche Mitarbeitende, die texten können, die rechtliche und Finanz-Kompetenzen haben. Diese können wir in Anspruch nehmen. Insofern haben wir dort einen gewissen Wettbewerbsvorteil. Dafür bezahlen wir mit wenig Agilität, bieten aber feste Anstellungsbedingungen. Dies stellt uns vor Herausforderungen: Wir haben Massnahmen, die beispielsweise zwei Jahre laufen. Die Stadt möchte aber eigentlich keine befristeten Verträge. Es ist paradox: Wir werfen der Wirtschaft prekäre Arbeitsbedingungen und eine «Hire-and-Fire»-Mentalität vor, und sind selbst ein Teil dieses Spiels. Die nächs-

te Eingabe verlieren wir vielleicht. Du baust auf und baust dann alles wieder ab usw. Das sehe ich als eine der Schwierigkeiten in diesem System an.

Sie haben teilweise Aufträge für zwei, drei Jahre und wissen dann nicht genau, wie und ob es weitergeht. Es fehlt die Planungssicherheit.

Das ist tatsächlich eine grosse Herausforderung. Der Betrieb investiert viel in den Aufbau neuer Angebote. Und das ist dann plötzlich Makulatur, wenn ein Auftrag wegfällt. Und dann musst du auch ziemlich viel investieren in einen sauberen Abbau, damit es für die Angestellten fair ist. Die ganze Infrastruktur muss zurückgefahren werden. Das ist alles Aufwand, der am Schluss nicht den Stellensuchenden zugutekommt.

Und wie ist es unter diesen Umständen möglich, die fachliche Kontinuität und Qualität der Angebote aufrecht zu erhalten?

Auch das ist eine grosse Herausforderung. Ein Teil des Know-hows und des Netzwerkes geht mit den Mitarbeitenden zu neuen Anbietern. Anderes muss am neuen Ort wieder komplett neu aufgebaut und entwickelt werden. Da gibt es kaum Kontinuität. Die Qualität kann nicht erhalten werden, sie muss immer wieder entwickelt werden. Das ist der Preis dafür, wenn die Anbieter in Konkurrenz zueinander gesetzt werden.

Sehen Sie Alternativen, um den scharfen Wettbewerb zwischen den Anbietern von Integrationsmassnahmen abzumildern?

Ich könnte mir vorstellen, dass der Kanton, beispielsweise die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, mit Vertragspartner*innen arbeitet und diese auch führt, klare Vorgaben macht und die Richtung vorgibt. Zusammen entwickeln, evaluieren und schauen, ob das Ziel erreicht wurde. Viele Ausschreibungen werden von einer Stabsstelle vorgedacht, nicht von der Praxis. Ich fände es spannend, zusammen zu denken und das gemeinsame Know-how konsequent zu nutzen. Das ist aber längerfristig anzulegen. Das heisst: Du kannst entwickeln, du kannst ausprobieren, du kannst evaluieren, du kannst neue Massnahmen umsetzen. Man könnte Modelle ausarbeiten, die für die Anbieter*innen zwei Standbeine aufweisen. Das erste ist ein Sockelbetrag und das zweite eine Wirksamkeitsentschädigung, eine Erfolgsprämie. Reine Erfolgsfinanzierung ist eine schwierige Sache. Dass die Grundkosten nicht völlig ausfinanziert sein müssen, finde ich okay. Ich finde es stimmig, diese Beweglichkeit zu verlangen, Innovation zu verlangen, Wettbewerb zu verlangen, aber nicht um jeden Preis. ■

Prof. Dr. Peter Neuenschwander, Dozent und Projektleiter
peter.neuenschwander@bfh.ch

... forscht und lehrt zu den Themen Arbeitsintegration und Arbeitsmarkt 45+. Er ist stellvertretender Leiter des Instituts Soziale Sicherheit und Sozialpolitik. Seine aktuelle Studie «Herausforderungen und Zukunftsperspektiven in der Arbeitsintegration» ist auf dem BFH-Blog «knoten-maschen.ch» unter dem Titel «Arbeitsintegration in der Zwickmühle» zu finden.

Elternbildung – ein gesellschaftliches Tabu?



Prof. Dr. Emanuela Chiapparini



Kathrin Junker



Prof. Dr. Rahel Müller de Menezes

Die Situation von Eltern und Familien wird immer komplexer. Umso wichtiger ist es, dass Eltern ihr Elternsein lernen können. Welche Bedürfnisse haben Eltern, und welche Anforderungen müssen sie bewältigen? Die BFH hat dies im Auftrag von Elternbildung CH untersucht und fragt, wie diese Erkenntnisse auf andere Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit übertragbar sind.

Viele Mütter und Väter fühlen sich aufgrund vielfältiger Anforderungen in Familie und Beruf stark ausgelastet. Weil sich die Anforderungen je nach Phase der Kindesentwicklung ständig verändern, sind sie in Erziehungsfragen oft verunsichert. Deshalb ist Elternbildung als Weiterbildung für Mütter und Väter zu verstehen. Sie unterstützt und fördert Erziehungs Kompetenzen und stellt damit einen Teilbereich der Erwachsenenbildung dar. Ergänzend zur Elternberatung bietet sie eine breite Palette nicht formaler Angebote an wie Kurse, Elterngruppen oder Podcasts (informelle Bildungsangebote). Eine zentrale Herausforderung der Elternbildung besteht darin, Mütter und Väter unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft zu erreichen.

Studie für Elternbildung CH

Ziel der Studie ist, Grundlagen für die Innovation von Elternbildungsangeboten zu schaffen. Gleichzeitig soll die Studie Anbieter anregen, Elternbildungsangebote in der Schweiz weiter- bzw. neu zu entwickeln. 2020 wurde der aktuelle Forschungs- und Fachdiskurs mittels einer systematischen Literaturrecherche zu folgenden Fragen erkundet:

- Wie können die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Familien in der Schweiz charakterisiert werden?
- Welche Bedürfnisse, Kompetenzen, Vorstellungen und Erwartungen haben Eltern an Elternbildungsangeboten? Hierzu wurden unterschiedliche soziodemografische Merkmale berücksichtigt.

Partizipation und Peer-to-Peer-Ansatz

Die BFH führte im Auftrag des Dach- und Fachverbandes Elternbildung CH eine Innovationsstudie durch, bei der ein Peer-to-Peer-Ansatz im Rahmen innovativer Elterntreffen erprobt wurde. Im Peer-to-Peer-Ansatz unterstützen sich die Eltern gegenseitig und greifen dabei auf ihr Wissen und ihre Erfahrungen zurück. In der Untersuchung wurden Bedürfnisse und Erwartungen von Eltern aus allen Landesteilen in Workshops explorativ und partizipativ erkundet.

In einem zweiten Schritt fand eine explorative und partizipative Bedürfnisanalyse in Bern, Genf sowie Lugano und Umgebung statt. Die pandemischen Schutzmassnahmen im ersten Quartal 2021 erschwerten die Durchführung. Insgesamt wurden 35 Väter und Mütter mit unterschiedlichen soziodemografischen Hintergründen erreicht. Mittels je zwei aufeinander aufbauender Workshops, Einzelinterviews und Elternbefragungen (Eltern befragen Eltern) wurden die obigen Fragestellungen vertiefter analysiert und Lösungsansätze partizipativ entwickelt.

Wie die Empfehlungen entstanden

In diesem zweiten Forschungsschritt stellten wir die Fragen: Welche Themen und innovativen Lernformen mit Nutzung neuer Medien sprechen Mütter und Väter an? Wie nutzen sie diese?

Zur Beantwortung dieser Frage wurden die teilnehmenden Eltern nach Bern eingeladen. Insgesamt wurden sechs aufeinanderfolgende einstündige Treffen durchgeführt. Die Teilnehmenden gestalteten die Treffen mit Unterstützung eines Orientierungsleitfadens. Ihnen stand eine Ansprechperson des Forschungsteams ►

- ▶ zur Verfügung. Die gewonnenen Daten aus den Interviews, Gesprächen und Evaluationen wurden inhaltsanalytisch ausgewertet.

Die Literaturanalyse (erster Forschungsschritt), die Bedürfnisabklärung, die Ideengenerierung mittels Workshops und die innovativen Elterntreffen (zweiter Forschungsschritt) sowie ein gemeinsamer Workshop des Forschungsteams mit der Auftraggeberin wurden genutzt, um Empfehlungen zu formulieren. Diese Empfehlungen basierten auf Studienergebnissen und wurden vier Personen mit Expertenwissen in den Bereichen Erwachsenenbildung, Frühförderung und Prävention im Rahmen eines Interviews vorgelegt. Ihre Rückmeldungen wurden berücksichtigt. Anschließend wurden die folgenden acht Empfehlungen zur Elternbildung formuliert:

1) Multiplikator*innen zur besseren Bekanntmachung von Elternbildungsangeboten einsetzen

Bestehende Informationsplattformen und Elternbildungsangebote sind nicht allen Eltern bekannt. Multiplikator*innen sollten deshalb gezielter genutzt werden, um Eltern auf geeignete Elternbildungsangebote hinzuweisen. Multiplikator*innen sind Fachpersonen wie Mütter- und Väterberater*innen oder Personen aus dem Umfeld der Eltern wie Nachbarn oder Schlüsselpersonen in «Communities» von Migrant*innen.

2) Niederschwellige Zugang zu Fachpersonen im Alltag fördern

Viele Eltern stehen im Alltag mit Fachpersonen wie Kinderpädagog*innen in Kontakt und möchten anstehende Fragen möglichst zeitnah besprechen. Deshalb sollten niederschwellige Austauschmöglichkeiten mit Fachpersonen auf der Grundlage fachlicher Konzepte (beispielsweise «Train-the-Trainer», aufsuchende Elternbildner*innen in Quartierzentren oder Spielplätzen) weiter ausgebaut werden. Die Chancen auf niederschwellige Austauschmöglichkeiten bestehen unter anderem darin, dass Eltern auf Elternbildungsangebote und weitere Angebote aufmerksam gemacht werden. Auch findet ein Vertrauensaufbau im Hinblick auf die Nutzung eines Elternbildungsangebots statt.

3) Ausbau digitaler Elternbildungsangebote

Digitale Angebote haben vielfältige Vorteile: Sie sind sowohl orts- wie teilweise zeitunabhängig und ermöglichen eine diskrete Inanspruchnahme. Deshalb sollten digitale Elternbildungsangebote als Ergänzung zu klassischen Elternbildungsangeboten weiter ausgebaut und bekannt gemacht werden. Eine hohes Potenzial haben Informationsangebote mit strukturiertem Inhalt (zum Beispiel Videos, Apps) oder mit niederschweligen Coachingmöglichkeiten (bspw. Chat- oder E-Mail-Beratung über geschützte Programme). In diesem Rahmen kann auf digitale Angebote der Elternbildung hingewiesen werden. Zudem können Gruppenangebote digital durchgeführt werden (Online-Treffen, E-Learning, Blended-Learning-Treffen oder andere Formate). Aufgrund dieser neuen Angebotsformen werden auch die Lehr-Lern-Beziehungen und das Rollenverständnis der Elternbildner*innen neu geklärt und definiert.



Familien in Erziehungsfragen nicht im Regen stehen lassen.

4) Schulung und Einsatz von Peer-Edukatoren*innen

Im Bereich der Elternbildung sollten vermehrt geschulte Peer-Edukatoren*innen eingesetzt werden, die ihr Wissen an andere Eltern aus ihrem Umfeld weitergeben. Dies bietet die Chance, durch ein niederschwelliges Angebot mehr Eltern – insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund – besser zu erreichen und alltagsnahe Lern- und Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen.

5) Ausbau von Peer-to-Peer-Angeboten

Im Rahmen der Studie haben sich Elterntreffen bewährt, bei denen sich eine Gruppe von Eltern selbstgesteuert sechsmal online traf. Dabei unterstützten sich die Teilnehmenden gegenseitig bei der Arbeit an individuell formulierten Anliegen. Es ist vielversprechend, das Konzept der Peer-Eduktion breiter einzusetzen und in anderen Settings zu erproben (z.B. bei Treffen vor Ort) und bei Bedarf weiterzuentwickeln. Der Peer-Edukationsansatz bietet sich an, weil Eltern dabei ihr Erfahrungswissen anderen Eltern zur Verfügung stellen. Gleichzeitig durchlaufen sie einen eigenen Lern- und Entwicklungsprozess.

6) Weiterführung gezielter Bemühungen, um Väter besser zu erreichen

Obwohl Väter in den Erziehungsalltag eingebunden sind, nutzen sie Elternbildungsangebote noch immer seltener als Mütter. Väter sollten deshalb beispielsweise durch Öffentlichkeitsarbeit und Multiplikator*innen gezielt angesprochen werden. Zu überlegen ist, ob Elternbildungsangebote vermehrt im Umfeld der Erwerbsarbeit angesiedelt werden können (z.B. indem Elternbildungsangebote im Arbeitsumfeld stattfinden). Bei einer verstärkten Fokussierung auf Väter ist zu beachten, dass keine neuen Geschlechterungerechtigkeiten geschaffen werden.



7) Entstigmatisierung der Nutzung von Elternbildungsangeboten

Ein Teil der Eltern verzichtet aus Scham- und Versagensgefühlen auf die Nutzung von Elternbildungsangeboten. Die Hemmschwelle zur Nutzung kann zum Beispiel durch Öffentlichkeitsarbeit gesenkt werden. Dabei kann aufgezeigt werden, was Eltern im Kontext Familie leisten, welche Herausforderungen sie zu bewältigen haben und was der Gewinn der Elternbildung ist. Sich bei der Kindererziehung Rat und Unterstützung zu holen, soll in der Gesellschaft als etwas «Normales» betrachtet werden.

8) Bessere Vernetzung von Angeboten für Familien

Elternbildung sollte im Gesamtkontext von anderen Angeboten für Familien betrachtet werden. Es ist wünschenswert, dass Angebote für Familien, wie Elternbildung, Familien- und Erziehungsberatungsstellen, Frühförderung, Quartier- und Familienzentren, familienergänzende Betreuung, medizinische Versorgung von Kindern, auf regionaler Ebene besser untereinander vernetzt werden und ein mögliches Konkurrenzdenken abgelegt wird. Dies würde dazu beitragen, dass Eltern vermehrt von Fachpersonen auf Angebote der Elternbildung aufmerksam gemacht und diese Angebote vermehrt genutzt werden.

Zwei Schlussfolgerungen

Zum einen fällt auf, dass das Thema Elternbildung trotz der vielfältigen Herausforderungen, die Familien gegenwärtig zu bewältigen haben, eine verhältnismässig geringe gesellschaftliche Akzeptanz und Resonanz erfährt. Umso wünschenswerter ist es, die Befunde und Empfehlungen der Studie als Grundlage für eine Diskussion und Weiterentwicklung von Elternbildungsangeboten zu nutzen. Damit sich Elternbildungsangebote besser etablieren können und nachhaltig finanziert werden, ist die Unterstützung durch Politik und Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung.

Zum anderen fällt auf, dass Eltern mit prekären Lebensumständen schwer erreichbar sind. Das gilt nicht nur für die Elternbildung, sondern auch für andere gesellschaftliche Bereiche, beispielsweise in der Armutsprävention, in Quartiertätigkeiten oder in generationsübergreifenden Wohnmöglichkeiten. Dies zeigen aktuelle Befunde von Forschungsprojekten am Institut Kindheit, Jugend und Familie. Daher bietet es sich an, die Erkenntnisse und Empfehlungen aus der vorgestellten Elternbildungsstudie auf andere Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit zu übertragen.

Elternbildung und Soziale Arbeit

Die aufgeführten Empfehlungen können auf die Themenfelder häusliche Gewalt, Kinderschutz, psychische Gesundheit oder Migration übertragen werden.

So zeigt es sich, dass Niederschwelligkeit und Multiplikator*innen nötig sind, um psychisch herausgeforderte Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund zu erreichen. Gemäss einer aktuellen Studie des Bundesamts für Gesundheit fehlen Angebote für diese Perso-

nengruppe weitgehend (Stocker et al., 2021). Es gibt nur wenige Programme, beispielsweise die mehrsprachige, informelle Bildung für Menschen in allen Lebenslagen «Femmes-Tisch» und «Männertische» (Schuwey, Müller & Chiapparini, 2021), deren Konzept sich an den oben genannten Empfehlungen orientiert.

Peer-to-Peer-Ansätze werden in Projekten und Weiterbildungen zur Armutsbekämpfung und -prävention des Bundes im Rahmen der «Armutsstrategie 2019–2024» ebenfalls vermehrt eingesetzt. Betroffene Personen werden gezielt angesprochen; sie können ihre Kompetenzen erweitern und als Erfahrungsexpert*innen bei Massnahmen und Projekten im Bereich der Armutspolitik mitwirken (Müller & Chiapparini, 2021). Auch bestehen es Anknüpfungspunkte an die obigen Empfehlungen.

Es gibt zahlreiche vielversprechende Konzepte und Ansätze in der Präventions- und Interventionsarbeit. Es gilt, diese nun sowohl auf politischer als auch gesellschaftlicher Ebene voranzutreiben und zu stärken. ■

Literatur:

- Chiapparini, Emanuela; Junker, Kathrin; Müller, Rahel. (2021). *Innovationsstudie zu Elternbildungssettings und der Erreichbarkeit von Eltern*. Bern: Berner Fachhochschule. arbor.bfh.ch/16511/
- Müller, Rahel; Chiapparini, Emanuela. (2021). «Wenn ihr mich fragt...». *Das Wissen und die Erfahrung von Betroffenen einbeziehen Grundlagen und Schritte für die Beteiligung von betroffenen Personen in der Armutsprävention und -bekämpfung*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Nationale Plattform gegen Armut. arbor.bfh.ch/15093/
- Schuwey, Claudia; Müller, Rahel; Chiapparini, Emanuela. (2021). *Evaluation des Programms Femmes-Tische und Männer-Tische 2019–2020. Untersuchung mit Fokus auf die Themen Psychische Gesundheit, Gesunde Ernährung und Corona-Pandemie*. Bern: Gesundheitsförderung Schweiz GFCH. arbor.bfh.ch/15506/
- Stocker, Désirée; Schläpfer, Dawa; Németh, Philipp; Jäggi, Jolanda; Liechti, Lena; Künzi, Kilian. (2021). *Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz*. Bern: Bundesamts für Gesundheit.

Prof. Dr. Emanuela Chiapparini, Institutsleiterin
emanuela.chiapparini@bfh.ch

... forscht und lehrt zu den Themen Partizipation in der Armutspolitik, schulergänzende Betreuung, Kinderschutz, Elternbildung und Kinder- und Jugendarbeit. Sie leitet das Institut Kindheit, Jugend und Familie.

Kathrin Junker, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
kathrin.junker@bfh.ch

... lehrt in Systemischer Beratung sowie Gesprächsführung und beschäftigt sich insbesondere mit Kontexten der gesetzlichen Sozialarbeit.

Prof. Dr. Rahel Müller de Menezes, Dozentin
rahel.mueller@bfh.ch

... arbeitet zu Partizipation in der Armutsprävention und Armutsbekämpfung sowie Kulturförderung, Evaluation, Sozialhilfe und Elternbildung.

Möglichkeitsräume schaffen für alle!



Prof. Dr. Eveline Ammann



Prof. Dr. Stefanie Duttweiler

Die genderreflektierende Offene Jugendarbeit soll Möglichkeitsräume für alle Jugendlichen eröffnen und sie von Gender-Stereotypen entlasten – egal wie sie sich selbst fühlen oder bezeichnen. Doch wie soll die Offene Jugendarbeit genderreflektierend (um-)gestaltet werden? Wir zeigen Beispiele, die die eigene Praxis verändern.

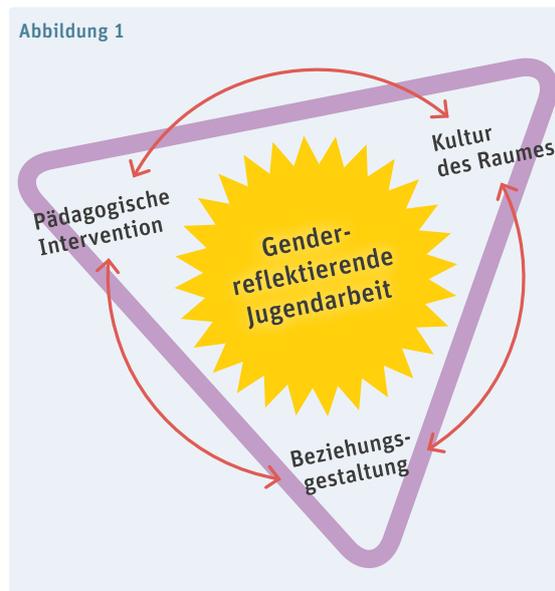
Die genderreflektierende Jugendarbeit sollte ein Raum sein, in dem Jugendliche neue Erfahrungen machen können und Diskriminierung dezidiert verurteilt wird. Offene Jugendarbeit kann diesem Anspruch nicht immer gerecht werden. Der Alltag im Treff ist häufig davon geprägt, dass mehrheitlich männliche* Jugendliche anwesend sind. Zudem inszenieren Jugendliche und zum Teil die Jugendarbeitenden selbst Geschlechter eher stereotyp. Auch Sexismus und Diskriminierung kommen regelmässig vor. Hier etwas zu verändern, ist eine fachliche und persönliche Herausforderung. Es braucht ein engagiertes Team und Mut zur Selbstreflexion, denn jede Pädagog*in ist selbst vergeschlechtlicht und dementsprechend auf bestimmte Weise sozialisiert und positioniert.

Dieser Herausforderung hat sich das Projekt «Genderreflektierende Offene Jugendarbeit» (Februar 2019 bis August 2021) gewidmet. Das Besondere dieses Projektes war die Verknüpfung von Weiterbildung und Forschung (ethnografische Beobachtung und Analyse des Treffgeschehens) und der Erarbeitung einer Veränderung der eigenen Praxis. Konzipiert wurde es von der BFH und dem Dachverband Offene Jugendarbeit (DOJ). Finanziert wurde es von der Stiftung Mercator Schweiz und der BFH. Teilgenommen haben 20 Fachpersonen aus der Deutschschweiz und Liechtenstein, die das Projekt mit einer CAS-Zertifizierung abschliessen konnten.

Die Ergebnisse des Projektes zeigen, dass genderreflektierende Offene Jugendarbeit mehr als eine Haltung ist, sondern der aktiven Gestaltung des Treffgeschehens bedarf. Was das bedeuten kann, sehen Sie in Abbildung 2, S. 27.

Das (sozial-)pädagogische Dreieck

Neben der aktiven Gestaltung des Trefflebens zeigte es sich, dass genderreflektierende Offene Jugendarbeit erst dann wirkungsvoll werden kann, wenn das Treffgeschehen im Gesamten in den Blick kommt: als Zusammenspiel der Kultur des Raumes, der Beziehungsgestaltung und der pädagogischen Interventionen (siehe Abbildung 1).



Das (sozial-)pädagogische Dreieck verdeutlicht die Dimensionen, die pädagogische Arbeit ausmachen.

Die Dimension *Kultur des Raumes* fragt nach dem, was in und durch den Raum geschehen kann: Es ist mithin mehr gemeint als die Ausstattung des Raumes, sondern neben der Zugänglichkeit (bspw. Niederschwelligkeit) auch die jeweiligen Möglichkeiten für Jugendliche, sich den Raum anzueignen. Genauso ist das Angebot selbst, die Dominanz einer Gruppe oder die geschlechtsspezifische Konnotation des Raumes gemeint.

Die *Beziehungsgestaltung* geht der Frage nach, wie Fachpersonen die Beziehungen zu den Jugendlichen gestalten. Eine vertrauensvolle Beziehung, die ihre emotionalen Anliegen aber auch ihre (manchmal streitbaren) Aussagen ernst nimmt, erlaubt es den Jugendlichen, sich auf genderreflektierende Reflexions- und Erfahrungsangebote einzulassen.

Pädagogische Interventionen fokussieren darauf, wie Fachpersonen Jugendliche befähigen können, sich alternative Möglichkeiten und Handlungsmuster zu er-

Abbildung 2: Beispiele für die aktive Gestaltung von Jugendangeboten

(neue) Erfahrungen machen

- einen Ort schaffen, an dem untypische (und typische!) Interessen und Fähigkeit wertgeschätzt werden und heteronormative Normalität in Frage gestellt wird und in Frage gestellt werden darf – ohne die Jugendlichen, die sich geschlechtlich vereindeutigen wollen, zu diffamieren (Debus & Laumann 2014)
- Angebote initiieren, um Neues zu erleben und neue Handlungsoptionen zu gewinnen – und diese Erlebnisse zu reflektieren

etwas (anderes) fühlen

- hinhören, Gefühle zulassen und anregen, die nur diffus ausgedrückt und ausagiert werden (dürfen) wie Angst oder Wut, Trauer oder Scham, Schüchtern- oder Wildheit, Stolz oder Siegeswillen

etwas (anderes) denken

- gezielt Denkanstösse geben: irritieren, hinterfragen, aufklären, Stellung beziehen, auf etwas Interessantes aufmerksam machen (bspw. auf Räume, Angebote und «communities» für TransPersonen)

etwas (anderes) tun

- bewusst etwas Geschlechtsuntypisches tun: Kräfte messen, gamen, Nägel lackieren, Bärte malen, Gedichte schreiben, rennen, nicht beim Putzen mitmachen, nicht aufräumen, organisieren, kochen, bohren, schrauben, nähen

gemachte Erfahrungen einbringen

- Raum bieten, damit Jugendliche ohne Angst über ihre Erfahrungen inner- und ausserhalb der Jugendarbeit sprechen können und Diskriminierung dezidiert verurteilt und aktiv bekämpft wird.

schliessen. Dies beinhaltet auch, Grenzen zu setzen und im Hinblick auf das Thema Geschlecht zu intervenieren. Zentral ist es, die Jugendlichen an den pädagogischen Interventionen zu beteiligen (wie im Beispiel «Mädchen bauen um», siehe Kasten auf S. 29). Schliesslich ist auch die Haltung im Team der Jugendarbeitenden von Bedeutung für pädagogische Interventionen der genderreflektierenden Offenen Jugendarbeit.

Das (sozial-)pädagogische Dreieck möchte zeigen: Die einzelnen Dimensionen lassen sich zwar analytisch unterscheiden und es ist auch möglich, in der Praxis bestimmte Fokusse zu setzen, doch die einzelnen Dimensionen werden immer zugleich durch die anderen Dimensionen beeinflusst und wirken auf diese ein. Die einzelnen Dimensionen können sich wechselseitig verstärken oder auch konterkarieren.

Das Projekt zeigt auf, wie durch eine angeleitete Beobachtung und vertiefte (Gender-)Reflexion des beruflichen Alltags Fachpersonen befähigt werden, selbst Veränderungen in ihrer Praxis zu initiieren. Dazu sind keine grossen finanziellen Mittel notwendig. Wie die Beispiele aufzeigen, sind es vor allem die partizipativen Prozesse, die eine Grundlage bieten für eine genderreflektierende Offene Jugendarbeit. In den farbigen Kästen werden im Folgenden einige der Veränderungen vorgestellt, die im Rahmen des CAS erprobt wurden. ►

(Anm. d. Red.: Der Gender-Stern wird in den Kästen anders verwendet als im restlichen Magazin. Er wird hier benutzt, um die vermeintliche Eindeutigkeit eines Geschlechts aufzulösen.)

Billardtisch anders bespielen

Der grosse Billardtisch wird wenig und mehrheitlich von den männlichen* Jugendlichen benutzt. «Wir wollen ihn nun als grossen gemeinsamen Tisch zu nutzen. Mit einer eingelegten Leichtbauplatte wird dies einfach ermöglicht. Für die Jugendarbeitenden, die sich mehrheitlich im Barbereich aufhalten, entsteht dadurch ein zusätzlicher «Arbeitsplatz» für Begegnung, Beziehung und Beratung. [...]. Mir ist aufgefallen, dass informelle Kontakte und Gespräche häufig hier ihren Anfang fanden. Trotz der einfachen, und den Jugendlichen bekannten Möglichkeit, die Tischplatte abzuheben und den darunterliegenden Billardtisch zum Spielen zu nutzen, wird dies eher selten getan. Vielmehr erhalten die sich im Bereich des Tisches aufhaltenden Besucher*innen einen idealen Ort, um das Geschehen im Raum und vor allem den Eingangsbereich beobachten zu können. Je nach Sitzposition kann man sich exponiert und offen präsentieren, oder sich hinter dem grossen Möbel in sicherer Distanz im Hintergrund aufhalten. Gelegentlich finden 'Übertisch-Gespräche' zwischen Jugendlichen statt, die sonst keine nahen Beziehungen pflegen. Mädchen* gewinnen mehr Raum mit der neuen Tischsituation. Während der Billardtisch mit wenigen Ausnahmen von den Jungen* bespielt wird, ist der Tisch nun auch für die Mädchen* ein beliebter Ort geworden. Obwohl als temporäre Lösung gedacht, würden die Jugendlichen die gewonnene Möglichkeit sicher vermissen.»

(leicht gekürzt aus der CAS-Abschlussarbeit von Michael Felder, Jugendtreff Fällanden)



Wie die Genderthematik Jugendliche beschäftigt: die Collagen-Wand im Jugendtreff Fällanden (vgl. Kasten S. 29 unten).

Räume öffnen

«Die Analyse hat gezeigt: Der Jugendtreff Bronx ist sehr von männlich sozialisierten Jugendlichen geprägt. Da die Bronx ein Ort ist, wo sich unterschiedliche Jugendliche wohlfühlen dürfen, haben wir uns entschlossen, den Raum wieder neutraler zu gestalten, so dass sich auch weiblich gelesene Jugendliche den Ort wieder aneignen können. Die Wände wurden weiss gestrichen, so verschwanden auch Tags und Sticker. Der Billardtisch wurde verschenkt, da dieser auch ein Symbol von männlichen Cliquen sein kann, die dort spielen und sich Verhaltensweisen bedienen, die mensch aus Mafiafilmen kennt. Wir haben Sofas, einen Teppich, Stühle und einen kleinen Tisch für die Küche gekauft. Durch diese kleine Veränderung wirkt der Raum der Bronx nun neutraler und weniger durch männliche Stereotypen geprägt. [...] Wegen der weissen Wände ist eine erhöhte Sorgfalt zu beobachten, die Jugendlichen haben ein grösseres Verantwortungsgefühl für den Raum als vor der Umgestaltung. Dies könnte sicherlich mit dem partizipativen Prozess zu tun

haben, der durch die Gestaltung praktiziert wurde. Durch die eher schlichte Gestaltung der Räume können sich die Jugendlichen den Raum auch einfacher angeignen, als wenn schon sehr viele Spuren von Menschen vorhanden wären. [...] Gerade in Bezug auf gender ist es wichtig anzuerkennen, dass männlich gelesene Jugendliche tendenziell mehr Platz für sich beanspruchen und Räume aneignen. Deshalb ist es wichtig, direkt auf weiblich gelesene Jugendliche zuzugehen und sie einzuladen, sich die Räume auch anzueignen. So kann es gelingen, dass sich das Verhältnis von männlich gelesenen Jugendlichen zu weiblich gelesenen Jugendlichen verändern kann. Weiter ist es auch wichtig, Bildungsarbeit zu leisten und Jugendliche auf sexistisches und allgemein diskriminierendes Verhalten aufmerksam zu machen. So können auch längerfristig Räume geschaffen werden, in denen weniger diskriminiert wird. So kann der Raum für mehr Menschen geöffnet werden.»

(Jugendtreff Bronx, David Fürst)



Mädchen bauen um!

Wenn Mädchen einen Raum eigenhändig umbauen, hat das positive Effekte: Sie erleben Selbstwirksamkeit, Respekt und dürfen stolz sein. Die Jugendarbeiterin, die von der Umgestaltung eines Bauwagens mit einer Gruppe Mädchen berichtet, betont darüber hinaus: «Der Umbau durch die Mädchengruppe hatte einen positiven Effekt auf alle Jugendlichen. Auch die Jungen verändern sich und ihr Verhalten sowie ihre Einstellung zu den Mädchen und zum Jugendtreff.»

«Die Besucher vor dem Umbau waren mehrheitlich Jungs. Die Rückmeldung der Mädchen, wieso sie nicht in den Treff kommen, war, dass sie es nicht so gemütlich finden. [...] Die Jugendlichen, die nach der Umgestaltung den Treff besuchten, waren sehr überrascht und haben sich über die Veränderung gefreut. Es kamen viele Rückmeldungen von den Jungs wie auch von den Mädchen, dass sie es jetzt viel gemütlicher finden würden. Andere Jugendliche (auch einige Jungs) meldeten sich später motiviert, auch etwas machen zu wollen. Sie kamen mit weiteren Gestaltungsideen. Dies zeigte sich auch in den steigenden Besucher*innenzahlen im Treff. Nun kamen auch mehr Mädchen in den Treff. Die Dauer des Aufenthaltes im Treff verlängerte sich von durchschnittlich einer Stunde zu mindestens zwei Stunden. Was auch auffiel, war, dass viel mehr Gespräche zwischen den Jugendlichen und auch mit der Jugendarbeit entstanden. Nun waren sie mehr miteinander. Erfreulich war der Umgang, den die Mädchen und die Jungs nun untereinander hatten. Ausserdem interagierten Jugendliche aus verschiedenen Peergroups miteinander. Der Raum war nun so gestaltet, dass das Gemeinsame gefördert wird. Dadurch, dass jetzt auch ein kleiner Tisch zu der Lounge hinzugekommen ist, spielen die Jugendlichen vermehrt Gesellschaftsspiele, beispielsweise «Uno» miteinander.»

(leicht gekürzt aus der CAS-Abschlussarbeit von Gülcan Erdogan, Jugendtreff Dürnten)

Diese Veränderung zeigt deutlich: Mädchen* Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten, die auch für andere sichtbar sind, empowert nicht nur die Mädchen, sondern wirkt sich auf das gesamte (Beziehungs-)Gefüge aus.

Vielfalt sichtbar machen: Die Collagen-Wand

Ein interessantes Beispiel für eine verändernde pädagogische Intervention wurde mit der Einrichtung einer Collagen-Wand zum Thema «gender» und «queer» realisiert. Im Anschluss wurde aus den Bildern ein Memory-Spiel gedruckt, das die Jugendlichen immer wieder gerne spielen.

«Zu Beginn brauchte es zuerst ein paar Orientierungspunkte oder Anweisungen von Seite der Jugendarbeiter*innen. Als niederschweligen Zugang präsentierte sich das Ausmalen von bereits gestalteten Illustrationen. Beim Malen gab es etwas «zu tun», was viele motivierte, mitzumachen. Gemeinsam etwas zu machen, ist eine gute Möglichkeit, um sich auszutauschen. [...] Beim Austausch entstand öfter eine berührende und gefühlsvolle Atmosphäre, die es ermöglichte, persönliche Empfindungen und Unsicherheiten zu zeigen.»

(aus dem CAS-Abschlussbericht von Michael Felder, Jugendtreff Fällanden)

Prof. Dr. Eveline Ammann, Insitutsleiterin
eveline.ammann@bfh.ch

... forscht zu den Themen Migration, Intersektionalität und rekonstruktive Biografieforschung. Sie leitet das Institut Soziale und kulturelle Vielfalt.

Prof. Dr. Stefanie Duttweiler, Dozentin
stefanie.duttweiler@bfh.ch

... arbeitet zu Gender, Körper, Sexualität, Emotionen und Religion, (inter-)religiöse Räume, Spiritualität in der Beratung, Rassismus und Anti-Rassismus sowie Offene Jugendarbeit.

Wohnen im Sozialraum: «Inklusives Wohnen lohnt sich!»



Robert Mäder, Immobilienbewirtschafter mit Sozialfokus, und Lukas Sieber, Immobilienbewirtschafter und Teamleiter bei Immobilien Stadt Bern, berichten von ihren Erfahrungen.

Das Interview führte führte Prof. Matthias von Bergen, Projektleiter «Wohnen mit Vielfalt», (Informationen zum Projekt vgl. Kasten) im Januar 2022.

Für Menschen mit Behinderung gibt es nur wenige Wahlmöglichkeiten beim Wohnen. Schwierigkeiten eine geeignete Unterkunft zu finden, haben vor allem Menschen mit psychischer oder sozialer Beeinträchtigung. Ein Projekt der BFH soll inklusives Wohnen dieser Menschen fördern. Was möglich wird, wenn eine Immobilienverwaltung sich dies vornimmt, zeigt die Stadt Bern.

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert mehr inklusiven, sozialraumnahen Wohnraum für Menschen mit Beeinträchtigungen. Wie sieht das in der Stadt Bern aus? Lukas Sieber: Immobilien Stadt Bern bewirtschaftet rund 2200 städtische Wohnungen in allen Stadtteilen und bietet neben allen anderen Wohnungen auch den sogenannten «Günstigen Wohnraum mit Vermietungskriterien» an. Die Stadt Bern will damit Wohnraum bereitstellen für wenig Verdienende, Menschen mit Suchtproblemen, Personen, die obdachlos oder von

Obdachlosigkeit bedroht sind. Um die Vielfalt in unseren Liegenschaften zu fördern, wollen wir auch Menschen mit Behinderungen ansprechen. Dabei gilt der Grundsatz: Wer sich unverschuldet in einer Notsituation befindet, wird zuerst berücksichtigt. Gleichzeitig achten wir darauf, dass eine Siedlung gut durchmischt ist.

Gerade für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung ist es oft schwierig, eine zahlbare Wohnung zu finden. Was macht Immobilien Stadt Bern für diese Menschen?

Robert Mäder: Es ist wichtig, individuelle Lösungen zu finden. Dabei wird auf die jeweilige Anfrage geschaut und im Team nach einer guten und die Situation möglichst unterstützenden Lösung gesucht. Es geht nicht allein um die Wohnung. Die Umgebung sowie das Leben im jeweiligen Haus spielen eine wesentliche Rolle. Wir versuchen, die direkte Nachbarschaft mit einzubeziehen. Wenn nötig können wir auf ein Netz von Helferorganisationen zurückgreifen. So kann in herausfordernden Situationen professionell gehandelt werden. Besteht Handlungsbedarf, dann schauen wir mit den Akteur*innen nach dem passenden Weg. Mit dieser situationsbedingten Vernetzung ist es möglich, sich an die vielfältigsten Wohnmöglichkeiten zu wagen.

Gibt es besondere Herausforderungen, die sich für die Stadt als Vermieterin stellen?

Sieber: In unseren Liegenschaften wohnen sehr unterschiedliche Menschen, die manchmal nicht dieselben Vorstellungen eines guten Wohnumfeldes haben. Vielfalt kann anstrengend sein! Es gibt einfach auch Mieter*innen mit anspruchsvollem, um nicht zu sagen schwierigem Verhalten. Hier müssen wir hinschauen

Projekt «Wohnen mit Vielfalt»

Das vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (EBGB) unterstützte Projekt zielt darauf ab, inklusive Wohnmöglichkeiten für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung zu fördern. Es ist Teil des Aktionsplans UN-Behindertenrechtskonvention (www.aktionsplan-un-brk.ch) der drei Branchenverbände INSOS Schweiz, CURAVIVA Schweiz und VAHS Schweiz und wird von der BFH in deren Auftrag durchgeführt. Das Projekt umfasst zwei Handlungsfelder: Die Wohnungssuche und das Wohnen im Sozialraum, in Gemeinden und Quartieren. In der ersten Projektphase wurden gute Beispiele aus beiden Handlungsfeldern gesammelt, analysiert und aufbereitet. In der zweiten Projektphase sind Selbstbetroffene, Vermietende, soziale Dienstleistungserbringende sowie Nachbarschaft befragt worden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden zu praxistauglichen Handlungsempfehlungen verarbeitet, die Interessierten dann zur Verfügung gestellt werden.



«Es ist wichtig, individuelle Lösungen zu finden. Dabei wird auf die jeweilige Anfrage geschaut und im Team nach einer guten und die Situation möglichst unterstützenden Lösung gesucht.» Robert Mäder

und gegebenenfalls handeln. Für klassische Immobilienbewirtschafter*innen mit einem eher ökonomisch ausgerichteten Fokus ist es schwierig, hier das richtige Mass zu finden. Die Kündigung ist ja nicht immer die richtige Lösung, das Problem würde ja dann nur verschoben. Die Stelle des Immobilienbewirtschafters mit Sozialfokus hat hier unserem Team den Rückhalt gestärkt.

Diese Stelle gibt es nun seit zwei Jahren. Was ist das Neue daran?

Sieber: Anlass gab zum einen die Lancierung der Wohnstrategie der Stadt Bern, die sich am Grundsatz einer «Stadt der Vielfalt» orientiert. Zum anderen gab es schon immer brennende Themen, die sich in unserem Alltag ergeben: zwischenmenschliche Konflikte, als schwierig erlebte Nachbar*innen. Deshalb haben wir jemanden mit spezifischem Fachwissen aus dem Sozialbereich gesucht.

Mäder: Mein beruflicher Hintergrund als Sozialpädagoge unterstützt mich im Kontakt zu Menschen in schwierigen Lebenslagen enorm. Durch meine beruflichen Erfahrungen weiss ich viel über das Wohnen in Zusammenhang mit herausforderndem Wohnverhalten. Themen wie Sucht oder psychische Beeinträchtigungen standen schon immer im Fokus meiner Arbeit. Dank dem Team erlernte ich die Praxis und die Aufgaben als Immobilienbewirtschafter*in. Die mir anvertrauten Dossiers bedingen das Wissen in beide Richtungen. In Zusammenarbeit mit dem Team entsteht eine Mischung aus sozialem und wirtschaftlichem Denken.

Können Sie an einem Beispiel aufzeigen, wie Ihr Arbeitsalltag aussieht?

Sieber: In einer unserer Siedlungen kam es vor einiger Zeit zu Reibereien zwischen Nachbar*innen. Wir haben gemeinsam mit den Bewohner*innen nach Lösungen gesucht. Daraus entstand die Idee, in einem partizipativen Verfahren den Hof der Siedlung zu gestalten. Wir haben die Initiant*innen dabei unterstützt und dies mitfinanziert. Durch die gemeinsame «Gärtnerei» beruhigte sich die Situation rasch. Wir haben auch schon Bewohner*innen, die in sehr desolatem Zustand waren und vielfältige Probleme hatten, persönlich begleitet, und sie etwa bei der Anmeldung beim Sozialdienst unterstützt. Wenn nötig, können wir in Einzelfällen temporär sehr viel Hilfe leisten.

Mäder: Ein Beispiel meiner alltäglichen Arbeit ist ein neues Projekt an der Studerstrasse in Bern. Dort gibt es seit kurzem eine Notschlafstelle für junge Menschen, geführt vom Verein «Rêves Sûrs – sichere Träume». Zustande kam die Vermietung, weil Vereinsmitglieder mir Ziele, Struktur des Angebotes und das damit verbundene Umfeld erläutert haben, was mir half, hier aktiv mitzudenken. So konnte schliesslich das passende Haus für dieses Angebot gefunden werden. Mit der Vermietung ist die Arbeit jedoch nicht erledigt. Der Verein bleibt mit uns in Kontakt. Wir pflegen Kontakte mit der direkten Umgebung der Notschlafstelle und den Quartierorganisationen. Wir nehmen deren Anliegen auf und geben sie zuhänden der Verantwortlichen weiter. Dieses Zusammenspiel verlangt grosse Aufmerksamkeit.

Was braucht es, damit inklusives Wohnen für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung gelingt?

Sieber: Wichtig ist vor allem der politische Wille, inklusives Wohnen möglich zu machen. Das lohnt sich, auch ►



«Wir setzen (...) stark auf die Ressourcen, die es in einem Haus oder einer Siedlung gibt. Wenn man sich persönlich kennt, ist in der Nachbarschaft sehr viel möglich.» Lukas Sieber

- wenn sich der Erfolg nicht immer in Franken messen lässt. Ein Element davon ist auch unsere neu geschaffene Stelle. Wir setzen aber auch stark auf die Ressourcen, die es in einem Haus oder einer Siedlung gibt. Wenn man sich persönlich kennt, ist in der Nachbarschaft sehr viel möglich. Erwähnenswert ist, dass es zwar nicht in jedem Haus möglich ist, aber in mehr als man denkt.

Mäder: Genau. Neben der Frage nach der geeigneten Wohnung muss die Umgebung oder der Wohnungsmix in der Siedlung passen. Wie ist die Struktur der Siedlung? Wie funktioniert das Miteinander? Wie ist die Nähe zu öffentlich zugänglichen Plätzen? Sind die für diese Mieter*innen wichtigen Organisationen in der Nähe? Wenn bereits ein Netz unterstützender Stellen vorhanden ist, fällt der Zugang über die Mietenden oft sehr leicht. Besteht noch keine Unterstützung und wird diese gewünscht, kann uns der oder die Mietende mitteilen, in welche Richtung er oder sie sich die nötige Unterstützung holen möchte. Mein Ziel ist es, das Netz zu stabilisieren und die angefangene Arbeit den passenden Stellen zu übergeben.

Sie sind also Vermittler und Mediator. Mit welchen Partner*innen arbeiten Sie vor allem zusammen?

Mäder: Mit der Arbeit als Immobilienbewirtschafter mit Sozialfokus ist mein Netz in der Sozialen Arbeit erneut gewachsen, was die Möglichkeiten vielfältiger macht. Ich finde, dass die Wahl der Mischung an Arbeitspartner*innen die Individualität der Unterstützung ausmacht. Davon soll in erster Linie die unterstützungssuchende Person profitieren. Gemeinsam mit ihr fällt auch der Entscheid über den Bedarf der Unterstützung aus. Ein Alleingang ist bei meiner Arbeit nie sinnstiftend. Sobald das Netz stabil ist, ziehe ich

mich als aktive Person zurück und bin im Hintergrund als Ansprechperson zuständig.

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Welches sind Herausforderungen, und wo sehen Sie Entwicklungsmöglichkeiten?

Sieber: Wie sich die Stelle entwickelt, freut mich. Wir haben eine sehr positive Resonanz. Mit der Coronapandemie hat sich der Bedarf nach sozialen Kompetenzen weiter verstärkt. Die häusliche Gewalt hat zugenommen, und es gibt mehr Leute, die einsam sind. Unsere Stärke ist: Wir können Wohnraum anbieten und bei Bedarf die Vernetzungsarbeit mit internen wie externen Stellen koordinieren. Die Vernetzungsarbeit ist gerade auch für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung ein wichtiger Punkt.

Mäder: Alles verändert sich, wird individueller; zum Teil in rasantem Tempo. In sich verändernden Feldern ist es wichtig, sich kontinuierlich Wissen anzueignen und neue Praktiken zu erlernen. Daneben geht es aber auch um Offenheit: Nichts führt daran vorbei, sich die Arbeiten zu teilen, sich zu vernetzen und vorhandene Ressourcen zusammenzubringen. Damit man sich als Individuum den Herausforderungen stellen kann, braucht es eine gute Zusammenarbeit verschiedenster Akteur*innen und Berufsgruppen. ■

Prof. Matthias von Bergen, Dozent und Projektleiter «Wohnen mit Vielfalt»

matthias.vonbergen@bfh.ch

... forscht unter anderem in den Bereichen Public und Non-Public-Management und begleitet vielfältige Reformprojekte im Sozialbereich. Zu seinen Schwerpunkten gehören neben Angeboten für Menschen mit Behinderung, die Alterspolitik und die Arbeitsintegration.



16. Juni 2022

Abendveranstaltung Mediation: lösungsorientiert, systemisch und kreativ Konflikte angehen und transformieren

Ein Amuse-Bouche mit Ursula König und Dominik Ruppen

Dieses Amuse-Bouche beinhaltet ein paar Hinweise und persönliche Erkenntnisse, die eine oder andere kurze Übung und Erfahrung, etwas Austausch, Klärung von Fragen und ein persönliches, kleines Wunder.

Zur Veranstaltung eingeladen sind alle interessierten Personen.

Weitere Informationen und Anmeldung: bfh.ch/abendveranstaltung-mediation



30. Juni 2022

Von Generation zu Generation Über die Folgen fürsorglicher Zwangsmassnahmen für Nachkommen

Schlussresultate des Nationalfonds-Projekts 76: Anhand biografischer Interviews geben wir Menschen eine Stimme, deren Eltern bis 1981 von Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betroffen waren.

Die Veranstaltung ist online. Um Anmeldung wird gebeten.

Weitere Informationen und Anmeldung: bfh.ch/abendveranstaltung-generation



16. November 2022

Chronische Konflikte und Hochstrittigkeit in Familien – systemisch inspiriert Tagung mit Eia Asen

Bei Trennungen ist die Kommunikation zwischen den Eltern häufig erschwert: Oft kämpfen sie um Besuchsrechtsregelungen oder Umgangskontakte. Wie kann eine Verbesserung der Verständigung erreicht werden? Die Tagung mit Eia Asen zeigt Wege für Beratende auf – das Kindeswohl immer im Blick.

Angesprochen sind Fachpersonen aus der Sozialen Arbeit und anderen thematisch angrenzenden Berufsgruppen, die mit konfliktbelasteten Kindern und deren Eltern arbeiten.

Weitere Informationen und Anmeldung: bfh.ch/hochstrittigkeit

Master in Sozialer Arbeit

Qualifizieren Sie sich für anspruchsvolle Aufgaben in Praxis, Forschung und Lehre. Der Master in Sozialer Arbeit bietet neue Perspektiven für Fachleute der Sozialen Arbeit. Besuchen Sie unsere Infoveranstaltungen am:

- Dienstag, 17. Mai 2022
- Montag, 20. Juni 2022
- Mittwoch, 6. Juli 2022

jeweils von 12 bis 13 Uhr und von 18.15 bis 19.15 Uhr

Anmeldung und weitere Informationen: masterinsozialerarbeit.ch

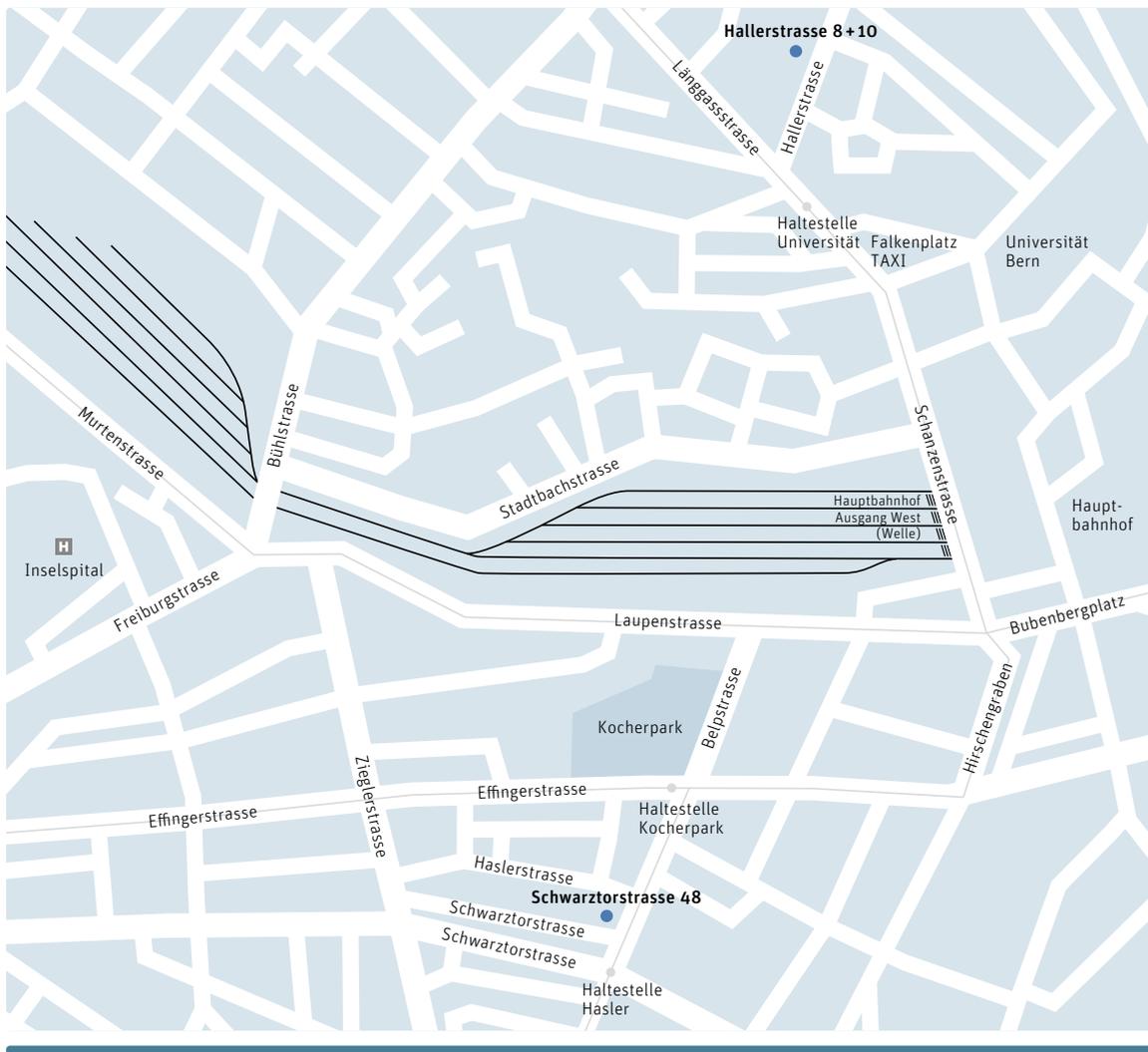
MASTER IN SOZIALER ARBEIT

BERN
LUZERN
ST. GALLEN

Informationen zu unseren Infoveranstaltungen für den Bachelor in Sozialer Arbeit: bfh.ch/soziale-arbeit/infoveranstaltungen-studium

Unsere Infoveranstaltungen für Weiterbildungsangebote: bfh.ch/soziale-arbeit/infoveranstaltungen-wb

Unsere Standorte



Die Weiterbildungsveranstaltungen finden in der Regel an der Schwarztorstrasse 48 in Bern statt. Bitte beachten Sie die Anzeige beim Eingang.

INSTITUTIONELL AKKREDITIERT NACH
HFKG 2017–2024

swissuniversities

EFQM  **Member**
Shares what works.

Impressum impuls 2/2022

Herausgeberin: Berner Fachhochschule BFH,
Departement Soziale Arbeit

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Auflage: 8500 Exemplare

Redaktion: Martin Alder, Beatrice Schild, Denise
Sidler, Oliver Slappnig, Katalin Szabó

Fotos: Jugendtreff Fällanden (1 oben, 28/29), iStock
(12, 18, 24), Oliver Slappnig (1 unten, 4–6, 19–21,
30–32); restliche: zVg

Layout: Oliver Slappnig

Druck: Vögeli AG, Langnau

Copyright: Texte und Bilder sind urheberrechtlich
geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Abonnement: bfh.ch/soziale-arbeit/impuls

ISSN 1661-9412 (print), ISSN 2624-666X (online)



Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle Certified™-Druckprodukte
hergestellt durch die Vögeli AG.
Bindung ausgenommen.

Berner Fachhochschule

Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern

Telefon +41 31 848 36 00

soziale-arbeit@bfh.ch
bfh.ch/soziale-arbeit

Studium

- Bachelor und Master in Sozialer Arbeit

Weiterbildung

- Master, Diploma und Certificate of Advanced Studies
- Kurse
- Betriebsinterne Weiterbildungen

Dienstleistungen

- Evaluationen und Gutachten
- Entwicklung und Beratung
- Bildung und Schulung

Angewandte Forschung und Entwicklung

- Soziale Intervention
- Soziale Organisation
- Soziale Sicherheit
- Institut Alter